:antifaschistische nachrichten

Nr. 11

g 3336 26.5.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Deutlich mehr rechtsextreme Straftaten

BERLIN. Auf die monatliche Standardfrage der Abgeordneten Petra Pau hat das Bundesinnenministerium jetzt die Zahlen für März 2005 bekannt gegeben, soweit sie schon gemeldet wurden. Danach wurden im März 908 rechtsextreme Straftaten, darunter 44 Gewalttaten registriert, das sind wieder mehr als in den vorangegangenen Monaten (Februar: 773, Gewalttaten: 41, Januar: 745, Gewalttaten: 39). In absoluten Zahlen wird die Statistik angeführt durch die Länder Nordrhein-Westfalen (164), Sachsen (156) und Brandenburg (142). Durch die Gewalttaten wurden 100 Personen verletzt und 1 getötet.

Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2004 stand für das BMI trotzdem fest, dass das Hauptaugenmerk dem „ausländischen Extremismus“ zu widmen sei. Den Zuwachs rechtsextremer Straftaten um 11,7, Prozent auf 12051 gemeldete Delikte 2004 betrachtet das BMI „mit Sorge“, meint aber, einiges getan zu haben im Kampf dagegen.

Antifaschistische Gegenwehr ist nach wie vor verdächtig: Zu den Objekten auf antifaschistischer Seite, die zu beobachten sind, zählt nun auch die FIR, die Föderation der internationalen Widerstandskämpfer (siehe auch Seite 15). Zur VVN-BdA heißt es, sie weise „nach wie vor in ihren Leitungsgremien eine Vielzahl von – zumeist älteren – Kommunisten auf“ und „beschränkte sich auf die – typisch kommunistischer Analyse entsprechende – Propaganda, nach der Rechtsextremismus im inneren Zusammenhang mit marktwirtschaftlichen Ordnungssystemen steht und daher staatliche Institutionen in westlichen Demokratien rechtsextremistische Umtriebe eher unterstützten als bekämpften“. Fast zeitgleich lehnte das BMI es ab, die Geschichte des eigenen Hauses und eventuelle Kontinuitäten nach dem Krieg zu untersuchen.Vielleicht haben die alten Kommunisten ja doch nicht so unrecht...

u.b. ■

Inhalt:

Ohrdruf: Eine Stadt ignoriert ihre tiefbraune Realität 7
Non in Frankreich: Welche Rolle spielte die extreme Rechte 9

Landtagswahlen in NRW:

NPD+REP jeweils unter 1%

Stimmenzuwächse in etlichen Großstädten

Während 2000 REP und NPD gemeinsam 85.653 Stimmen erhielten sind es diesmal 141.241, die 0,8 und 0,9 % sind also zwar wenig, aber die Tendenz der absoluten Stimmen steigend. Und sie liegt höher als bei der letzten Bundestagswahl, der EU-Wahl und der Kommunalwahl.

Trotzdem waren die Erwartungen im Rechten Lager groß. Mit Ausreden sind sie dann auch nicht verlegen. Der Bundesvorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, hat dann schnell den Schuldigen gefunden:

„Die Republikaner sehen die Hauptursache für ihre Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in massiven Behinderungen durch die Behörden und in der aufs äußerste zugestitzten Polarisierung auf einen Machtwechsel in Bund und Land.“

Die REP haben aber gegenüber der Landtagswahl 2000 an Stimmen (außer in Aachen I) verloren – vermutlich auch durch die Kandidatur der NPD, die zur LTW 2000 nur minimal antrat. Wo sie jetzt antrat, hatte sie im Schnitt durchaus 1 % und hätte bei flächendeckender Kandidatur evtl. auch Wahlkampfkostenerstattung erreicht.

Dr. Frey's (DVU) Nationalzeitung schreibt „Selbstverständlich spiegelt das Ergebnis von NPD plus Rep in NRW nicht das wirkliche Rechtspotential wieder.“ Die NPD begrüßt die Neuwahlen. Der Parteivorsitzende Udo Voigt bereitet einen Wahlantritt unter der „Schirmherrschaft der NPD“ vor.

Die Neofaschisten haben aber ein Problem: Wenn die Republikaner nicht zum NPD/DVU Bündnis dazu stoßen, haben sie bei den Bundestagswahlen keine Chance zumindest einen Achtungserfolg zu erzielen.

Höchste Ergebnisse	NPD	REP
Bochum III/Herne II	2,2	1,0
Duisburg III	2,2	1,4
Duisburg IV	1,9	1,6
Oberhausen I	1,8	1,1
Gelsenkirchen I	1,7	1,8
Gelsenkirchen II	1,7	2,2
Herne I	1,7	2,4
Kreis Aachen I	1,2	2,1

Die „Junge Freiheit“: „Bereits während des Wahlkampfes zeigten sich erste Brüche in der vor einem halben Jahr ausgerufenen ‚Volksfront von rechts‘, … Ob der heterogene Zusammenschluss also bis zu möglicherweise vorgezogenen Bundestagswahlen trotz dieser Rückschläge halten wird, erscheint ungewiss.“

NPD und DVU werden versuchen, in den neuen Bundesländern verstärkt Stimmen zu ergattern. Mit einer Schwerpunktsetzung auf die „Hochburgen“ wollen die beiden Parteien in den Bundestag einziehen, tönte Dr. Frey aus München.

jöd, u.b. ■

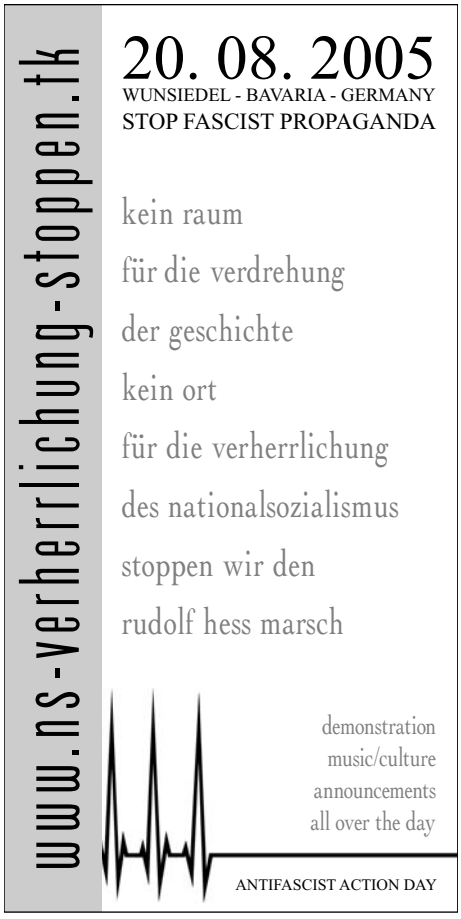
Landtagswahl am						Land / Merkmal
14.05.1995		14.05.2000		22.05.2005		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
						Nordrhein-Westfalen
13.041.964	100,0	13.061.265	100,0	13.239.170	100,0	Wahlberechtigte insgesamt
8.353.056	64,0	7.409.399	56,7	8.334.561	63,0	Wähler/-innen
58.821	0,7	72.988	1,0	91.189	1,1	Ungültige Stimmen
8.294.235	100,0	7.336.411	100,0	8.243.372	100,0	Gültige Stimmen
						davon
3.816.639	46,0	3.143.179	42,8	3.059.074	37,1	SPD
3.124.758	37,7	2.712.176	37,0	3.695.806	44,8	CDU
332.634	4,0	721.558	9,8	508.354	6,2	FDP
830.861	10,0	518.295	7,1	509.219	6,2	GRÜNE
65.509	0,8	83.296	1,1	67.282	0,8	REP
-	-	79.934	1,1	72.982	0,9	PDS
-	-	22.059	0,3	6.953	0,1	UNABH. BÜRGER
5.777	0,1	4.123	0,1	6.361	0,1	PBC
273	0	3.420	0	4.291	0,1	FAMILIE
9.936	0,1	3.075	0	6.153	0,1	Die Tierschutzpartei
850	0	2.530	0	6.853	0,1	BüSo
-	-	2.357	0	73.959	0,9	NPD
21.159	0,3	1.923	0	15.784	0,2	ödp
-	-	304	0	184	0	ÖkoLi
-	-	178	0	56	0	BGD
152	0	139	0	523	0	UAP
58.155	0,7	-	-	18.340	0,2	GRAUE
-	-	-	-	181.886	2,2	WASG
-	-	-	-	1.338	0	Die PARTEI
-	-	-	-	936	0	AMP
-	-	-	-	1.261	0	ZENTRUM
-	-	-	-	100	0	LD
-	-	-	-	213	0	Offensive D
-	-	-	-	204	0	UNABH. KANDIDATEN
-	-	-	-	5.260	0,1	Einzelbewerber
27.532	0,3	37.865	0,5	-	-	Sonstige

Breite Mobilisierung nach Wunsiedel

Wie auch in den letzten Jahren mobilisieren die Nazis wieder zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch nach Wunsiedel. Mit 4.800 Faschisten im Jahr 2004 hat sich der Heß-Gedenkmarsch zu einem *der* Events der deutschen und internationalen Naziszene entwickelt. Nazis und extrem Rechte unterschiedlichen Alters mit verschiedener sozialer Herkunft sowie teilweise gegensätzlichen politischen Werdegängen und kulturellen Hintergründen finden sich in der Verherrlichung des Nationalsozialismus zusammen. Die besondere Bedeutung erlangt der Heß-Marsch aber auch durch die internationale Beteiligung. So marschierten in den letzten Jahren Faschisten aus Skandinavien, England, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Spanien, Italien, Österreich, der Schweiz, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Kroatien, Russland sowie den USA.

Vor dem Hintergrund dieses widerwärtigen Beispiels der Verherrlichung des Nationalsozialismus hat sich die antifaschistische Kampagne: NS-VERHERRLICHUNG STOPPEN! gegründet. Sie richtet sich gegen jede Art der Verherrlichung des Nationalsozialismus, Revisionismus und Relativierung der deutschen Geschichte. Für das Jahr 2005 rufen wir deshalb alle AntifaschistInnen zu einer Kundgebung und Demonstration am 20. August im bayrischen Wunsiedel auf. Wir wollen zusammen mit WiderstandskämpferInnen und AntifaschistInnen aus verschiedenen europäischen Ländern diesem Spuk ein Ende bereiten und darauf hinwirken, dass dieser Tag in diesem Jahr und auch in Zukunft als Tag des breiten antifaschistischen Widerstandes erlebt wird.

antifa_3000@gmx.de ■



Deutsche „Heuschrecken"

STARNBERG. Hartnäckig hält sich - bis in gewerkschaftliche und linke Kreise hinein – das Gerücht, dass internationale Konzerne systematisch deutsche Unternehmen aufkaufen. Genährt wird diese These nicht zuletzt von der extremen Rechten, die zur Zeit besonders das „Handbuch Deutsche Wirtschaft" von Alfred Mechtersheimer bejubelt, das von „Unser Land – Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland e.V." veröffentlicht wird. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete der „Grünen" ist gern gesehener Referent bei der extremen Rechten. Sowohl bei der DVU und den sog. „Republikanern" trat er auf oder diskutierte mit NPD-Funktionär Holger Apfel oder dem ehemaligen Waffen-SSler Franz Schönhuber. „Wenn die Entwicklung der letzten Jahre anhält, gibt es bald keine deutsche Wirtschaft mehr", wird in der Werbung für dieses Buch behauptet. Auch die Medien habe die Globalisierung bereits erfasst und der „ökonomischen Fremdbestimmung folgt die politische". Die Bundesregierung sehe dieser Entwicklung „tatenlos" zu und die Gewerkschaften hätten in einigen Fällen sogar an solchen Verkäufen „mitgewirkt", heißt es dort. Die Bundesbank vermeldete in ihrem letzten Monatsbericht ganz andere Zahlen. Deutsche Investoren kontrollierten demnach mittlerweile schon knapp 20 000 Firmen im Ausland. 3,7 Millionen Mitarbeiter werden dort beschäftigt. Vorrangiges Interesse deutscher Investoren besteht an Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die fast die Hälfte der begehrten Investitionsobjekte ausmachen. Demgegenüber stehen 8400 Unternehmen in Deutschland mit 1,9 Millionen Beschäftigten, die von ausländischen Investoren kontrolliert werden.

Auch wenn Mechtersheimers Thesen so nicht stimmen, dienen sie doch dem Schüren nationalistischer Stimmungen. Und von den Aktivitäten der eigenen „Heuschrecken" wird so geschickt abgelenkt. *hma* ■

Deutscher „Schutzpatron"

GREVENBROICH. Das Verlagsprogramm des „Bernardus-Verlag" im katholischen „Zisterzienserkonvent Langwaden" bei Grevenbroich im Kreis Neuss war bislang weitgehend unspektakulär.

Im vergangenen Jahr wurde ein Druckerzeugnis des Verlages erstmals in Publikationen der extremen Rechten vorgestellt. So wurde in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa" (Coburg) ein Buch des ehemaligen Funktionärs und Bundestagskandidaten der NPD, Manfred Müller aus Neuss, lobend hervorgehoben. Der „regelmäßige" Mitarbeiter der „Nation und Europa", ein pensionierter Studienrat, dessen Wurzeln im rheinischen Katholizismus liegen, greift ansonsten auch für die „Deutsche National-Zeitung" des DVU-Chefs Frey und die „Junge Freiheit" zur Feder. Im Jahre 2003 veröffentlichte der Grevenbroicher „Bernardus-Verlag" Müllers Buch mit dem Titel „St. Michael – Der Deutschen Schutzpatron? Zur Verehrung des Erzengels in Geschichte und Gegenwart". Ebenfalls im vergangenen Jahr wurde für „900 Jahre literarisches Schaffen" der Zistersienser in der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" geworben". Gesucht wurden Autoren, die dem „Bernardus-Verlag" ihr Manuskript anvertrauen, damit dieser es „bekannt" und „absatzfähig" machen kann. Auch in der deutschtümelnden „Deutschen Sprachwelt" fand sich 2004 Werbung für den Verlag. „Spachwelt"-Schriftleiter Thomas Paulwitz ist gelegentlicher Autor der „Jungen Freiheit" und referierte 2003 bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik". Im vergangenen Jahr sprach er auch beim österreichischen „Freundeskreis für Kultur- und Zeitgeschichte", der unlängst noch den NPD-Chef Udo Voigt zu Gast hatte. *hma* ■

Einstellung des Verfahrens gegen Uli Sander, aber Beschlagnahme des VVN-Archivs nicht aufgehoben

Dortmund. Gestern (25. Mai) brachte Kontraste den aufsehenerregenden Bericht über das neuerliche Mittenwaldtreffen der Gebirgstruppe der Wehrmacht und der Bundeswehr. Seit vielen Jahren gehöre ich zu denen, die gegen diese Kriegsverbrecherverehrung protestieren und als Journalist dagegen die Aufklärung setzen.

Die Veteranen reagierten mit einem Trick, auf den die Staatsanwaltschaft hereinfiel. Diese ermittelte wegen „Amtsanmaßung" gegen mich und meine Organisation, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten. Mir wurde „Amtsanmaßung" vorgehalten, nachdem ich mit der

Historikergruppe „Angreifbare Traditionspflege“ gemeinsam nahezu 200 mutmaßliche noch lebende Mittäter bei den Massakern der Gebirgstruppe an Griechen und Italienern im Jahre 1943 angezeigt hatte. Es waren in Mittenwald „amtliche“ Briefe aufgetaucht, in denen den mutmaßlichen Tätern die Wiederaufnahme von Ermittlungen wegen der Verbrechen angekündigt wurden. Ich hätte ja nichts dagegen gehabt, – aber die Briefe waren gefälscht, stammten nicht von mir.

Seit April 2003 wurde gegen mich ermittelt; im Dezember 2003 kam es zu einer Hausdurchsuchung meiner Wohnung und zur Durchsuchung der Räume der VVN-BdA in Wuppertal. Es wurde mein Computer vorübergehen beschlagnahmt und der Inhalt wurde kopiert. Die Kopie wurde mir nie zurückgegeben. (Lesen Sie zu dem Vorgang bitte unten die beiden Presseberichte – zwei von vielen, und lesen Sie bitte:
http://www.rbb-online.de/_/kontraste/ beitrag_jsp/key=rbb_beitrag_2653398.html

Ulrich Sander ■

„Schiller und Goethe hatten uns gebeten, sie vor den Rechtsextremen zu verhüllen“

Weimar. Das Weimarer Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus hat gegen den Neonaziaufmarsch am 28. Mai in ihrer Stadt demonstriert. Aus Protest verhüllten sie das Deutsche Nationaltheater und das Dichterstandbild mit grauen Stoffbahnen, die die Aufschrift „Weimar sagt Nein zu Intoleranz und Faschismus“ tragen. Nach Angaben der Stadt demonstrierten am Mittag 500 Menschen gegen eine NPD-Veranstaltung, die ursprünglich auf dem Theaterplatz aufmarschieren wollten. Zu dem Stadtfest mit einem Rockkonzert, Lesungen und anderen Kulturveranstaltungen kamen laut Veranstaltern rund 2.000 Menschen. Außerdem hielt der Stadtrat symbolisch eine Sitzung auf dem Theaterplatz ab. Oberbürgermeister Volkhard Germer wandte sich gegen einen Missbrauch Weimars durch Rechtsextremisten. Germer nahm zudem unter dem Beifall von Weimarern und Touristen die Stoffbahnen wieder ab. „Schiller und Goethe hatten uns gebeten, sie vor den Rechtsextremen zu verhüllen“, sagte er.

Aufmarsch weg von der City verlegt

Ursprünglich wollten die Neonazis vor dem Nationaltheater, in dem 1919 die erste deutsche Demokratie ausgerufen, aber 1926 auch die Hitlerjugend gegründet wurde, aufmarschieren. Die Stadt verlegte die Demonstration auf einen Stadionvorplatz am Rand des Stadtzentrums. Das Verwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung. Laut Polizei kamen rund 150 Neonazis einschließlich ihrer Familien zusammen. Mehrere Teilnehmer wurden wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Tragens von verfassungswidrigen Kennzeichen vorläufig festgenommen. Hunderte Polizisten aus Thüringen, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen waren im Einsatz.

M.E. ■

Elftausend Kinder ...

Frankfurt/Main. ... deportierten die deutschen Besatzer aus Frankreich – darunter viele Kinder deutscher Eltern. Nach 1933 mußten sie aus Deutschland fliehen. Neun Jahre später kehrten sie zurück – in den Viehwaggons der Deutschen Reichsbahn auf dem Weg in die Vernichtungslager.

In Frankfurt soll jetzt an diese Kinder erinnert werden. Ihre Fotos sollen auf den Bahnhöfen gezeigt werden, durch die sie in den Tod fahren mussten. Aber die Deutsche Bahn AG weigert sich. Das milliardenschwere Unternehmen behauptet, dafür kein Geld zu haben. Die Deutsche Reichsbahn war Teil der Nazi-Mordmaschine. Ihre Erbin, die Deutsche Bahn AG, muss eine Ausstellung über die 11.000 Kinder auf Bahnhöfen zulassen. Dies fordert auch eine bundesweite Initiative, deren Offener Brief im Internet zugänglich ist: www.german-foreign-policy.com/elftausendkinder/index.html. Jede/r kann dort seine Unterschrift hinterlegen: elftausendkinder@ web.de.

Jetzt soll in Frankfurt Druck auf die Deutsche Bahn AG gemacht werden. Dazu finden zwei Veranstaltungen statt:

Freitag, 10. Juni 2005, 16 Uhr, Hauptbahnhof Frankfurt, Treffpunkt unter der großen Anzeigentafel: Verteilung von Flugblättern und Postkarten, auf denen die Deutsche Bahn AG aufgefordert wird, endlich die Ausstellung „Elftausend Kinder“ auf deutschen Passagierbahnhöfen entlang der ehemaligen Depor tationsstrecke zu genehmigen.

Freitag, 17. Juni 2005, 19 Uhr, Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße, Großer Saal: Veranstaltung mit Edith Erbrich, geb. Bär (als Siebenjährige im Februar 1945 mit der Reichsbahn aus Frankfurt nach Theresienstadt deportiert); Beate Klarsfeld (Initiatorin, Repräsentantin der Organisation „Fils et Filles des Juifs Déportés de France“), Micha Brumlik (Fritz Bauer Institut Frankfurt), Katinka Poensgen (IG Metall Frankfurt, Anti-Nazi-Koordination Frankfurt), Wolf-Rüdiger Minow (Initiator der Unterstützungsaktion für die Ausstellung in Deutschland), VertreterInnen lokaler Aktionsgruppen entlang der Deportationsstrecke von Freibug bis Görlitz. Filmdokument aus dem KZ Westerbork. Musik: Junge Kantorei / Joachim Carlos Martini. Moderation: Hans Christoph Stoodt.

nach dem Flugblatt der Anti-Nazi-Koordination Frankfurt am Main, 5.5.05 ■

Naziangriff auf Jugendliche in Frankfurt

Frankfurt/Main. Offenbar organisiert haben in der Nacht zum Sonntag (24.4.) in Sachsenhausen mindestens acht Nazis vier Jugendliche brutal angegriffen, die der links-alternativen Szene zugerechnet werden. Dabei wurden die vier Jugendlichen erheblich verletzt. Dem Überfall vorausgegangen waren eindeutig faschistische Beleidigungen und Drohungen wie „Scheiß-Juden“, „Rotfront verrecke“ und „Wir bringen euch um“.

Unseres Erachtens ist dieser Überfall in einem Zusammenhang zu sehen mit ähnlichen, zum Teil noch wesentlich schlimmeren Nazi-Aktionen der letzten Zeit. So zum Beispiel in Schwerte und Dortmund, wo kürzlich zwei Menschen von Nazis ermordet wurden. Nazis verschiedener Organisationen weiten jetzt offenbar gewaltsame Aktionen deutlich aus, um ihre Gegner einzuschüchtern. Das darf, unabhängig von der rechtlichen Verfolgung und Bestrafung der Täter, politisch nicht hingenommen werden! Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, endlich entsprechend den Beitrittsbedingungen der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen von 1973, sowie Artikel 139 Grundgesetz jegliche Nazi-Organisation und nationalsozialistische Aktivitäten jeder Art zu verbieten (vgl. www.nrw.vvn-bda.de/ texte/ 0112_jupp. htm).

Ganz entschieden protestieren wir gegen die in der „Frankfurter Rundschau“ vom 27. April zitierte Äußerung des Frankfurter Polizeisprechers Füllhardt, in Frankfurt gebe es „keine organisierte Struktur“ bei Rechtsextremen. Diese Behauptung ist nicht nur sachlich falsch, sondern vor allem geeignet, eine offensichtlich wachsende, vor Verbrechen nicht zurück schreckende Nazi-Militanz herunter zu spielen. Ähnlich muss man wohl die Aussage verstehen, die Kontrahenten hätten sich zufällig getroffen. Herr Füllhardt müsste es außerdem besser wissen. Denn es gibt in Frankfurt nicht nur die NPD, sondern z.B. auch die „Freien Nationalisten Rhein-Main“. Zum polizeilichem Abwiegeln passt auch die Tatsache, dass die Polizei die Öffentlichkeit nicht unterrichtet hat, sondern sich erst auf Nachfrage hin äußerte. Die kurzsichtige Politik des auf das „Image“ der Stadt bedachten Wegschauens, Kleinredens und sogenannten „Wegtolerierens“ wird nur dazu führen, dass sich Nazis mehr und mehr etablieren, immer offener auftreten und dann auch militanter und gewalttätiger für ihre menschenfeindlichen Ziele eintreten können. Der erste Schritt im Kampf dagegen besteht darin, zu benennen, was ist: es gibt eine Vielfalt von Nazistrukturen in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet.

Sie nicht zu ignorieren, sondern sie öffentlich zu machen und zur offensiven ···›

Auseinandersetzung mit ihnen aufzurufen – das ist notwendig im Jahr 60 nach der Befreiung von Nazifaschismus und Krieg durch die Truppen der Anti-Hitler-Koalition und den Kampf des europäischen und deutschen Widerstands.

Pressemitteilung
Anti-Nazi-Koordination Frankfurt ■

Polizei verhindert Gedenkkundgebung vor ehemaliger Gestapo-Zentrale

STUTTGART. Am Rande der von der Friedensbewegung, Gewerkschaften, der Verfolgtenorganisation VVN-Bund der Antifaschisten und vielen anderen veranstalteten Kundgebung zum Jahrestag der Befreiung am Samstag (7. Mai) in Stuttgart kam es zu einem Zwischenfall, der ein bezeichnendes Licht auf Geschichts- und Demokratieverständnis der Stuttgarter Polizei wirft.

Neben der Kundgebung am Mahnmal für die Opfer des Faschismus hatten die Veranstalter auch eine Demonstration angemeldet, die unter anderem am ehemaligen Stuttgarter Gestapohauptquartier, dem vormaligen Hotel Silber in der Dorotheenstr. vorbeiführte. Dort sollte zum Gedenken an die Opfer der Gestapo eine kurze Zwischenkundgebung stattfinden und Blumen niedergelegt werden.

Das Amt für öffentliche Ordnung hatte in seinem Versammlungsbescheid den Wortlaut der Anmeldung „Dorotheenstr. Zwischenkundgebung am ehemaligen Gestapo-Gebäude ‚Hotel Silber' (Höhe Goerdeler Str.) wenn auch in einer etwas ungenaueren Formulierung („Zwischenkundgebung in der Dorotheenstr./Höhe Goerdeler Straße") ausdrücklich bestätigt.

Am 7. Mai allerdings wurde der Demonstrationszug unversehens von der Polizei bereits ca. 50 Meter vor dem angemeldeten Kundgebungsort, noch vor der Kreuzung Goerdeler Straße angehalten. Der Versammlungsleiter, der zunächst an ein Missverständnis glaubte, erklärte dem Einsatzleiter, dass der angemeldete Versammlungsort, das ehemalige Gestapo-Gebäude, erst nach weiteren 50 m erreicht sei, und bat darum, den Demonstrationszug diese 50 Meter vorrücken zu lassen, um die vorgesehene Gedenkkundgebung abhalten zu können. Dies wurde vom Einsatzleiter der Polizei nach kurzem Funkverkehr mit seiner vorgesetzten Stelle definitiv und kategorisch, abgelehnt. Eine Begründung dafür wurde nicht angegeben.

Notgedrungen fand die Zwischenkundgebung dann auf dem willkürlich zugewiesenen Platz statt – auf die Niederlegung von Blumen musste aber verzichtet werden. Anschließend führte die Demo übrigens wie vorgesehen ohne jeden Zwischenfall weiter, direkt am Hotel Silber vorbei.

Über das Motiv der Polizei, kein Gedenken unmittelbar am historisch authentischen Ort der Gestapo-Zentrale zu erlauben, kann nur spekuliert werden. Verkehrstechnisch hätte sich keine andere Situation ergeben – die Dorotheenstraße war so oder so durch Demonstration und Polizeifahrzeuge blockiert und für den Verkehr gesperrt. Liegt es also etwa daran, dass sich im ehemaligen Gestapo-Hauptquartier heute Teile des Innenministeriums befinden? Will man dort kein öffentliches Erinnern an die Geschichte des Gebäudes dulden? (Auch die vorhandene Gedenktafel befindet sich im Innern des Gebäudes und ist für die Öffentlichkeit nicht zugänglich.)

Oder handelt es sich wieder einmal bloß um einen jener vielen Nadelstiche, die in Stuttgart seit vielen Jahren immer wieder gegen das grundgesetzlich garantierte Demonstrationsrecht geführt werden?

Dieter Lachenmayer, der seit mehr als 20 Jahren Versammlungen und Demonstrationen v.a. der Friedensbewegung in Baden-Württemberg organisiert und leitet ist davon überzeugt: In keiner Stadt in Baden-Württemberg wird nach seiner Erfahrung mit Demonstranten so restriktiv und kleinkariert umgegangen wie in Stuttgart. Das reicht von faktischen Demonstrationsverboten für ganze Stadtteile, wie während des Irak-Krieges für Stuttgart Vaihingen bis zu den allerkleinlichsten Auflagen – keine Musik vom Lautsprecherwagen, keine Durchsagen an die Öffentlichkeit oder auch keine Sonnenschirme beim Infostand bzw. keine Friedensfahne an städtischen Fahnenmasten.

„Irgendjemand", so Dieter Lachenmayer, „müsste der Stuttgarter Polizei und den zuständigen Ämtern mal erklären, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, kein Recht für Behörden und Polizei ist, sich in obrigkeitsstaatlicher Tradition wichtig zu machen, sondern ein Recht für die Demonstranten, mit ihren Anliegen an die Öffentlichkeit zu treten." *PM VVN-BdA* ■

KRIMINELL IST DAS SYSTEM UND NICHT DER WIDERSTAND!

FREIHEIT FÜR DIE MAGDEBURG-GEFANGENEN

Vor zwei Jahren wurden drei Magdeburger Antifaschisten vor Gericht gezerrt. Marco und Daniel wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt; Carsten wurde freigesprochen.
Zur Zeit läuft gegen Daniel das Revisionsverfahren vor dem OLG-Halle. Bei diesem Prozeß wurde auch Marco als Zeuge geladen. Er verweigerte die Aussage und wurde daraufhin in Beugehaft genommen.
Zehn andere Zeugen haben angekündigt die Aussage zu verweigern, so dass noch im Mai weitere Beughaft droht.

Mehr Infos unter:
www.antifa.de
www.soligruppe.de

DEMO AM 18.6.05 / 15 UHR / MAGDEBURG-HBF

NPD lässt Zentralorgan in Polen drucken

DRESDEN. Wie die Leipziger Volkszeitung vom Dienstag, 17. Mai 2005 berichtete, wird das NPD-Organ „Deutsche Stimme" in Polen gedruckt. In öffentlichen Verlautbarungen gebe sich Sachsens NPD-Mann Holger Apfel gern volksnah. „Deutsches Geld für Deutsche" lautet eine seiner wohlfeilen Formeln, seine Fraktion werde sich für eine „nachhaltige Förderung des einheimischen Mittelstandes einsetzen". In eigener Sache aber scheinen für Apfel andere Regeln zu gelten. Das Zentralorgan der NPD wird nicht in Sachsen gedruckt – noch nicht einmal in Deutschland. Den Zuschlag für das Monatsblatt hat eine Druckerei in Jelenia Gora (Hirschberg) erhalten, und das liegt in Polen. Erste Hinweise dafür kursierten seit Wochen in Sachsen,endgültig fündig aber wurde dann die Polizei in Riesa. Bei einer Kontrolle nahmen die Beamten zwei Kleinlaster mit polnischen Kennzeichen nahe des Deutschen-Stimme-Verlags unter die Lupe. In den Transportern lagen die druckfrischen Exemplare der Mai-Ausgabe des NPD-Zentralorgans – neben mehreren Beilagen. Sachsens Innenminister Thomas de Maizière (CDU) warf den Rechtsextremen daraufhin Doppelzüngigkeit vor. Im Wahlkampf habe sich die NPD mit dem Slogan „Grenzen dicht für Lohndrücker" profiliert, jetzt zeige sich, dass sie „offenbar selbst als Lohndrücker agiert".

Laut Frankfurter Rundschau vom 23. Mai hat die NPD jetzt angekündigt, den Druck der „Deutschen Stimme" nun in Deutschland durchsetzen zu wollen. Sobald das von der Bundesregierung geplante neue Antidiskriminierungsgesetz in Kraft getreten sei, werde man zum Beispiel die Druckerei des Dresdner SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle mit der Herstellung der Zeitung beauftragen, so der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD Peter Marx. Nach dem neuen Gesetz dürfe niemand aus politischen oder anderen Gründen diskriminiert werden.

nach Presseberichten – u.b. ■

„Schiller Kommers" in Wien

WIEN. Eine maßgeblich von der Burschenschaft Olympia getragene „Arbeitsgemeinschaft" unter dem Vorsitz von Walter Sucher plant für den 11. Juni in der Wiener Hofburg einen „Schiller Kommers". Als Anlass dienen neben dem 200. Todestag „des genialen Freiheitsdichters" „190 Jahre Burschenschaft" und „50 Jahre Freiheit Österreichs nach dem II. Weltkrieg". Als Festredner angekündigt ist FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache, der laut einer Aussendung der „Arbeitsge- *Seite* **6**

„Strategie des Verschweigens ist nicht aufgegangen“

Neue Broschüre der Bremerhavener CDU entlarvt „Parlamentsarbeit“ der DVU

von Thomas Klaus

„Die Strategie des Verschweigens gegenüber der DVU ist nicht aufgegangen und falsch.“ Zu dieser Erkenntnis ist die CDU-Stadtverordnetenfraktion in Bremerhaven gelangt und geht deshalb nun mit einer Anti-DVU-Broschüre unter dem Titel „18 Jahre sind zu viel !!!“ in die Offensive.

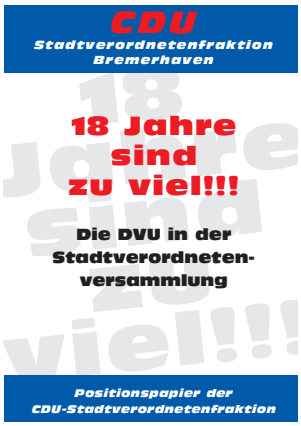
Das Vorwort schrieb der bremische Innensenator Thomas Röwekamp (CDU): „Weder das Stillschweigen in den Medien noch das Nichtbeachten durch die anderen Parteien und leider auch nicht die offenkundige Unfähigkeit und Faulheit der Mitglieder in der Stadtverordnetenversammlung und des Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft haben dazu geführt, dass die Wähler es sich bei der nächsten Wahl anders überlegen würden.“

Gerade in Bremerhaven liegen vielfältige Erfahrungen mit der rechtsextremistischen „Deutschen Volks-Union“ vor. Sie ist dort seit September 1987 in der Stadtverordnetenversammlung als dem Parlament der rund 120.000 Einwohner zählenden Hafenstadt vertreten. Bei der letzten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 2003 konnte die DVU sogar ihren Stimmenanteil von 5,19 auf 8,08 Prozent steigern. Seitdem stellt sie vier Stadtverordnete. Insgesamt besteht die Stadtverordnetenversammlung aus 48 Parlamentariern. In Bremerhaven haben SPD und CDU eine Große Koalition gebildet, die von dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Jörg Schulz geführt wird.

Kaum Mitarbeit in den Ausschüssen

In ihrer 38-seitigen Broschüre führt die CDU jeden DVU-Antrag in der Stadtverordnetenversammlung der Legislaturperiode 1999 bis 2003 auf und analysiert ihn. Dabei handelt es sich um (lediglich) 33 Vorstöße der „braunen“ Truppe. Mit diesem Vorgehen der CDU soll der Vorwurf umgangen werden, dass gezielt Anträge ausgesucht und bewertet worden seien.

Der christdemokratischen Analyse zufolge nutzt die DVU die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung gerne als Podium für populistische Anträge, bei denen das entscheidende Element das möglichst häufige Erwähnen des Namens „DVU“ ist. Die Rechtsextremisten versuchten, sich an Bürgerproteste anzuhängen: „Die DVU ist nicht in der Lage, Vorreiter einer politischen Aktion zu werden. Sie kann bestenfalls reagieren, ohne eigene Alternativen aufzuzeigen.“ Bei einer Reihe der DVU-Anträge sei ein Mangel an Sach- und Fachkenntnissen nachweisbar, wird in der Dokumentation „18 Jahre sind zu viel !!!“ festgestellt. Dafür nur ein Beispiel: Die „Deutsche Volks-Union“ verlangte eine schrittweise Sanierung der Kaiserschleuse, die für die Rolle Bremerhavens als Automobilverladehafen von großer Bedeutung ist. Allerdings: Eine schrittweise Sanierung ist technisch gar nicht möglich. Die Kaiserschleuse könnte höchstens an gleicher Stelle mit einer größeren Schleusenkammer neu gebaut werden.



Allgemein verzichtet die DVU bei ihrer Parlamentsarbeit in Bremerhaven auf das Entwickeln von politischen Alternativen – so etwa, wenn sie ohne den Ansatz einer Kostenschätzung den Bau eines neuen Eisstadions mit gleich zwei Eisflächen verlangt.

Als weiteren Beleg für die „unaufrichtige Parlamentsarbeit“ der DVU betrachtet die CDU das Stellen von Anträgen mit Themen, die in den Ausschüssen bereits behandelt wurden. Weil solche Anträge dann überflüssig sind und nach parlamentarischer Gepflogenheit abgelehnt werden, kann die DVU letztlich frohlocken. Gerne verteilt sie die gescheiterten Anträge mit dem Zusatz „Von den anderen Fraktionen abgelehnt“ als Flugblatt bei den Betroffenen. Folglich – so die Bremerhavener Christdemokraten – gehe es der „Deutschen Volks-Union“ bei solchen Debatten nicht um eine politische Diskussion, sondern um die Ablehnung ihrer Anträge. Hier zeige sich ein großes Gefahrenpotenzial, meint die CDU. Grund: „Wenn Betroffene sich nicht über die parlamentarische Arbeit informieren, müssen sie den Eindruck gewinnen, dass die DVU ihr Interessenvertreter ist.“

Geradezu perfide war ein DVU-Antrag, nach dem Unfalltod der Sozialsenatorin Hilde Adolf eine Straße nach ihr zu benennen. Die Bremerhavener SPD-Politikerin war eine erklärte DVU-Gegnerin; die rechtsextremistische Partei hatte ihr zu Lebzeiten unter anderem eine „Verharmlosung von Asylbetrug und Ausländerkriminalität“ vorgeworfen, die „an Unverantwortlichkeit und Schamlosigkeit nicht mehr zu überbieten“ sei.

Die Bremerhavener CDU brandmarkt: Dort wo die eigentliche parlamentarische Arbeit geleistet wird – nämlich in den Ausschüssen – „glänzen“ die DVU-Abgeordneten entweder mit Abwesenheit oder Untätigkeit. Nur selten werden hier Anträge gestellt oder Redebeiträge gehalten. Beispiel: Von 1999 bis 2003 brachten die DVU-Abgesandten in die Ausschüsse für Gesundheit, für Jugend- und Familie sowie in den Ausschuss für Sport und Freizeit nicht einen einzigen Antrag ein. Das Gleiche gilt für den Kulturausschuss und für den Umweltausschuss. Selbst der besonders wichtige Personal- und Organisationsausschuss wurde komplett ausgespart. Die einzigen DVU-Anträge, die in den Ausschüssen behandelt wurden, waren jene aus der Stadtverordnetenversammlung überwiesenen. Die Schlussfolgerung der CDU: „Diese Tatsache lässt nur den Schluss zu, dass die DVU politisch nicht arbeitet, sich aber aus ihren Auftritten in der Stadtverordnetenversammlung eine öffentliche Wirkung verspricht.“

Tragende Säule der Bremerhavener DVU-Aktivitäten ist Siegfried Tittmann. Aufgrund einer Besonderheit im Wahlrecht sitzt der DVU-Chef in der Stadtverordnetenversammlung seit 1999 auch in der Bremischen Bürgerschaft, dem Landtag des kleinsten Bundeslandes. Dort fällt der 51-Jährige ebenfalls neben einer „eindeutig von Hass geprägten Diktion“ (so Thomas Kollande 2002 in einer Anti-DVU-Publikation der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft) durch schlechte Vorbereitung auf, beispielsweise wenn er die Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung fordert, die bereits erfolgt ist, oder 2000 davon spricht, es könnten im Bundeshaushalt jährlich Hunderte von Milliarden Mark eingespart werden, obwohl der Bundeshaushalt lediglich rund 500 Milliarden Mark umfasst. Grünen-Mitarbeiter Thomas Kollande rekapituliert in Bezug auf Tittmanns Reden im Landesparlament: Sie seien „gekennzeichnet von der Ablehnung der Gleichheit aller Menschen und der Menschen- und Freiheitsrechte, des Demokratieprinzips, der Gewaltenteilung, der Oppositions- und Minderheitenrechte sowie des Pluralismus und der Parteienkonkurrenz.“ ■

meinschaft“ „sicher neue und andere Gesichtspunkte bringen [wird], als sie bei den bisherigen Jubelreden zu hören waren“. Als weiterer Redner wurde bis dato nur der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Harald Stefan (Olympia) bekannt gegeben.

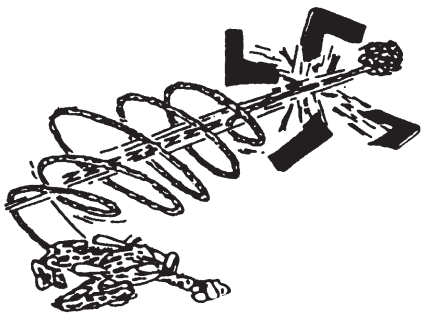
Nachdem im November 2004 der „Konrad Lorenz Kommers“ zum Fiasko geraten war und in diesem Jahr auch das burschenschaftliche „Totengedenken“ am 8. Mai „ins Wasser gefallen ist“ (Zur Zeit 19/2005, S. 7), ist der Erwartungsdruck im deutschnationalistischen Milieu enorm. Dementsprechend groß wird der „Schiller Kommers“, zu welchem „Gäste aus dem gesamten deutschen Sprachraum erwartet werden“, auch angekündigt. *Neues von ganz rechts www.doew.at* ■

Nazi-Konzert in Benshausen aufgelöst

BENSHAUSEN. Die Polizei in Thüringen hat am 14.5. ein Konzert der rechtsradikalen Szene aufgelöst. Auf einem Fabrikgelände in Benshausen (Kreis Schmalkalden-Meiningen) brachen rund 70 Beamte die als Junggesellenabschied deklarierte Veranstaltung ab. Insgesamt kontrollierte die Polizei nach eigenen Angaben 115 Personen, gegen drei laufen nun weitere Ermittlungen wegen des Tragens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen. Die Beendigung des Treffens verlief ohne Zwischenfälle. Die Besucher kamen den Angaben zufolge aus ganz Thüringen, um eine schwedische Band zu hören.

Die Polizei unterband in den vergangenen Wochen mehrere nicht angemeldete Skinhead-Konzerte in Thüringen. Zuvor hatte sie Anfang April ein Skinhead-Konzert in Pößneck mit mehr als 1000 Teilnehmern aus der rechten Szene unterschätzt. PDS, SPD und Grüne warfen dem Verfassungsschutz danach Versagen vor. Kritik am Zusammenspiel von Polizei und Verfassungsschutz kam auch aus der CDU. Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU) hatte Fehler der Sicherheitsbehörden eingeräumt und Konsequenzen unter anderem bei der Verfügbarkeit von Polizisten an Wochenenden angekündigt.

http://www.mz-web.de/ ■



31. Paneuropa-Tage in diesem Jahr in Köln

Die 31. Paneuropa-Tage der Paneuropa-Union Deutschland e.V. finden unter dem Motto „Paneuropa – Fundamente für die EU“ vom 3. bis 5. Juni in Köln statt. Der Schirmherr der Veranstaltung, Dr. Otto von Habsburg, Ehrenpräsident der Paneuropa-Union, Kaisersohn und Fast-Thronfolger von Österreich-Ungarn, lädt standesgemäß ins noble Maritim.

Die internationale Paneuropa Union (PEU) existiert seit 80 Jahren. Auf den ersten Blick setzt sie sich „nur“ für ein vereinigtes Europa und Verständigung zwischen den europäischen Nationalstaaten ein. Genauer betrachtet ist sie jedoch eine politische Variante zur Erringung deutscher Vorherrschaft in Europa. Ziel seiner Bewegung, so der „Paneuropa“-Begründer Coudenhove-Kalergi im Jahre 1928, sei die „Rettung Europas, der abendländischen Kultur und der weißen Rasse“.

Unter Otto von Habsburg (CSU) entwickelte sich die PEU zu einem einflussreichen Werbeverein für ein extrem konservatives Europa, ein „Großeuropa“ auf „Volksgruppen“-Basis unter deutscher Dominanz und in starker Konkurrenz zu Rußland und den USA.

Habsburg, PEU-Mitglied seit 1937, verband eine enge Freundschaft mit Franz-Josef Strauß. Strauß verhalf dem Österreicher 1979 in kürzester Zeit zu einem deutschen Pass, damit dieser für die CSU in das erste gewählte europäische Parlament einziehen konnte. Darüber hinaus war Habsburg zeitweise Strauß' außenpolitischer Berater.

An der Erweiterung ihres Einflusses arbeitet die PEU intensiv mit eigenen Strukturen im Europaparlament und im Bundestag, sowie in Landes- und Kreisverbänden. Im Bündnis mit rechtskonservativen Politikern, Revanchistenverbänden, religiösen Fundamentalisten und selbsternannten „Lebensschützern“ strebt sie ein Europa mit einer extrem konservativen und frauenfeindlichen Familienideologie als Leitbild an.

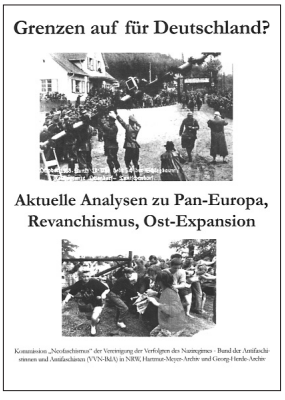
Auf ihrer Kölner Konferenz will die PEU an die Zeit anknüpfen, in der die Stadt Residenz des „wichtigsten Kurfürsten des Heiligen Römischen Reiches“ war und an Konrad Adenauer (CDU), der sich bereits in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts der „Paneuropa-Bewegung“ anschlossen hatte.

Die „31.Paneuropa-Tage“ werden am 3.6. um 19.30 Uhr im „Maritim“ eröffnet. Ein Grußwort wird dort auch die Kölner CDU-Europaparlamentarierin Ruth Hieronymi halten, die in der Vergangenheit schon bei den „Vertriebenen“-Verbänden referiert hatte. Und auch Konrad Adenauer, Rechtsanwalt, ist als „Enkel eines großen Kölners und Paneuropäers“ angekündigt.

Das Schlusswort hält der PEU-Präsident Bernd Posselt (CSU-MdEP), zugleich Bundesvorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und in der Vergangenheit Interviewpartner der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und des rechtsextremen „Eckartboten“ der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft“.

Am 4.6. beginnen um 10 Uhr zwei Foren, auf denen u.a. die „Lebensschützerin“ Astrid Mannes sprechen wird, Autorin der extrem rechten Publikationen „Criticon“ und „Deutsche Sprachwelt“. Die öffentliche Hauptkundgebung um 14 Uhr moderiert die Vorsitzende des „Kölner Presseclubs“, Hildegard Stausberg, Korrespondentin der rechtskonservativen Tageszeitung „Die Welt“. Stausberg war noch im vergangenen Jahr bei der PEU als Referentin aufgetreten. Des weiteren spricht dort Jürgen Liminski als PEU-Landesvorsitzender in NRW. Liminski ist Autor in verschiedenen rechten Publikationen und seit 35 Jahren Mitglied der katholischen Laienorganisation „Opus Dei“, eines „ultrakonservativen Stoßtrupps des Vatikans“. Die nicht-öffentliche Bundesdelegiertenversammlung der „PEU Deutschland“ beginnt dann am 5.6. um 10 Uhr und endet um 13 Uhr.

abk ■



Ein ausführlicher Beitrag von Ernst Kovahl und Jörg Kronauer zur Paneuropa-Union ist in der Broschüre der Neofaschismus-Komission der VVN-BdA NRW „Grenzen auf für Deutschland?“ zu finden, 80 S., 4,- Euro, zu beziehen über VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42017 Wuppertal, email: vvn-bdanrw@freenet.de

Ohrdruf: Eine Stadt ignoriert ihre tiefbraune Realität

55 Neo-Nazis veranstalteten am 21. Mai eine Kundgebung auf dem Ohrdrufer Marktplatz. Während die lokale Kirche gegen „rechts" läutet und der Bürgermeister mit einem Aufruf zum Ignorieren das Problem zu lösen versucht, erhalten die Rechtsextremisten viel Zuspruch aus der Bevölkerung. Das rechtes Gedankengut nicht nur bei der Ohrdrufer Skinhead-Jugend, sondern auch im Herzen der dortigen Zivilbevölkerung verankert ist, zeigte unser Besuch in der tiefbraunen Provinz, in der vor zwei Jahren ein Sprengstofflabor der Neo-Nazis ausgehoben wurde.

Rechtes Gedankengut in der Bevölkerung verankert

Am Samstag fand in Ohrdruf (Landkreis Gotha) eine rechtsextreme Kundgebung statt, an der 55 Neo-Nazis und rechtsradikale Jugendliche aus Gotha, Ohrdruf und Arnstadt teilnahmen. In Ohrdruf - da ticken die Uhren etwas anders: Eine rechte Gesinnung ist hier nicht nur stark unter den Jugendlichen sondern auch massiv in der dortigen Bevölkerung verankert. Längst dominiert eine rechte Szene die Kleinstadt im Thüringer Wald. Schon nach der Ankunft waren die Gesichter der Bewohner beinahe versteinert und so manch einer traute seinen Augen kaum, das linke AktivistInnen ihre Stadt besuchten. Sofort hagelte es auch schon die ersten Beschimpfungen „Verschwindet!" und „Die Rechten sind ja gar nicht so schlimm, ihr seit doch das Übel!" bekam man aus dem Mund von Bewohnern zu hören. Auch einige Dorfpolizisten warfen kritische Blicke und schließlich äußerte ein Beamter mit hämischen Grinsen die erste Drohung „An eurer Stelle würde ich aufpassen, dass ich heute nicht die Fresse voll bekomme...". Auf Nachfrage bei den Bürgern, was denn heute auf dem Marktplatz passieren würde, taten viele so, als wüssten sie von nichts, ein älterer Herr erzählte dann, dass er im Radio von einem rechten Aufmarsch gehört hätte. Gegen halb 11 änderte sich der Zustand, die Zufahrtswege zum Marktplatz wurden von der Polizei kontrolliert. Ein dutzend Einsatzwagen nehmen hinter dem Rathaus Stellung und Beamte der Thüringer BFE-Einheit patrouillieren in der Innenstadt.

Neo-Nazis marschieren zum Rathaus

Um 12 Uhr war es dann soweit: Eine größere Gruppe von Neo-Nazis marschiert Richtung Rathaus und beginnt dann mit dem Aufbau eines Infostands. Währenddessen packen die ersten rechten Skinheads ihre Fahnen aus und der Arnstädter Neo-Nazikader Marcel Unger vergnügt sich damit, die Lautsprecheranlage einzurichten. Nach kurzer Zeit ist die Zahl der Teilnehmer auf über 50 gestiegen und schon ertönen die grauenhaften Töne von der schwarz-weiss-rot beflaggten Kundgebung: „Ich habe für Deutschland einen Sohn geboren" schallt es durch die Innenstadt, während zeitgleich ein Aktivist des Thüringer Heimatschutzes zusammen mit dem Nazikader und NSAW-Kopf Patrick Wieschke die Propaganda-Zeitschrift „Der Rennsteigbote" an die Bevölkerung verteilt. Wenig später tritt der Neo-Nazi Michael Burkert (Skinheadclub Friedrichroda) ans Mikrofon und drischt als erster von drei Rednern seine Phrasen durch die Lautsprecher, auch beschwert er sich über das Verbot des Singens der Nationalhymne. Im Anschluss sprach Kurt Hoppe von der Deutschen Partei, P. Wieschke und ein Erfurter Neo-Nazi, der ursprünglich aus Hessen kommt. Sie erklärten, dass das „Deutsche Volk" zum Überleben bald auf Sozialspenden aus Polen und den Ostblockländern angewiesen sei und verkündeten diverse Forderungen, wie die sofortige Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und die Abschaffung der deutschen Parlamente. Von der anwesenden Bevölkerung aus der tiefbraunen Provinz gibt es, wie nicht anders zu erwarten war, auch noch Beifall, während die Neo-Nazis eine „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen" zelebrieren.

Stadt: „Durch Ignorieren verschwinden die Rechten"

Einigen AntifaschistInnen, die sich der Kundgebung näherten, wurden wie immer Gewahrsamnahmen angedroht und Platzverweise erteilt. Von Gegenprotest seitens der Stadt oder der Bevölkerung ist bis auf ein verlassenes Banner vor dem Rathaus nichts zu sehen. Der Bürgermeister und die Stadt hatten schließlich dazu aufgerufen die Neo-Nazis zu ignorieren, so würde sich das Problem von alleine lösen. Was daraus wurde, haben wir gesehen, alleine auf der östlichen Seite des Marktes standen 40 Bürger und lauschten teilweise zustimmend den braunen Parolen der Neo-Nazis. Etwas entfernt lädt die lokale Kirche dazu ein, die Glocke als Mahnung zu läuten, deren Ton jedoch nicht bis zum Marktplatz vordringt. Wie der Pfarrer Hans-Joachim Köhler erklärte, herrscht in jener Stadt tatsächlich ein Zustand, bei dem Eltern ihre Kinder nachts nicht auf die Straße lassen, da sie Angst vor rechtsextremistisch-motivierten Übergriffen haben.

Angriffe, Überfälle und ein eigenes Sprengstofflabor

Das bestätigten uns auch einige Opfer neofaschistischer Gewalt aus Ohrdruf: Beinahe wöchentlich werden „Nichtrechte" Jugendliche von Neo-Nazis zusammengeschlagen und die Stadt ignoriert deren Treiben. Seit Jahren reiht sich eine Meldung über Ohrdruf an die nächste. Jugendliche werden attackiert, MigrantInnen überfallen, ein Jugendclub gestürmt und schließlich errichteten lokale Neo-Nazis auch noch einen NS-Veranstaltungsraum und ein eigenes Sprengstofflabor, welches jedoch von der Polizei im November 2003 ausgehoben wurde. Inzwischen wird die Region um Ohrdruf vom „Nationalen Widerstand Gotha", der übrigens auch Initiator vom sogenannten „Rennsteigboten" ist, mit Propaganda und Ähnlichem versorgt. Gerade in Gotha fanden in den vergangenen Monaten einige Veranstaltungen und rechtsextreme Konzerte statt, seitdem der Anführer der Kameradschaft Eisenach nach Gotha umgezogen ist.

Am Abend trafen sich die Teilnehmer der Neo-Nazikundgebung an einem Waldstück bei Espenfeld (Jonastal) zu einer rechtsradikalen Feier und hatten neben Baseballschlägern und Reizgas auch Propagandamaterial mit im Gepäck. Die unangemeldete Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst. Bereits zur letzten Kundgebung brachten Neo-Nazis aus der Region Gotha mehrere Waffen und rechtsextreme Propaganda mit.

Left Resistance Arnstadt [LRA]
left-resistance@gmx.de
www.left-resistance.tk ■

Suhl: NPD-Demonstration gegen „Verausländerung“

Am Freitag dem 20. Mai trafen sich im südthüringischen Suhl etwa 90 Neo-Nazis und rassistische Bürger zu einer Kundgebung gegen „Verausländerung“. Die teilweise stark alkoholisierten Teilnehmer konnten am Rande der Veranstaltung mehrfach ungehindert verbotene Parolen gröhlen und den „Hitlergruß“ zeigen. Unter den Demonstranten befanden sich neben dem NPD-Spektrum auch militante Neo-Nazis, unorganisierte Nazi-Schläger und „sogenannte NS-Blackmetaler“.

Massive Polizeikontrollen in Suhl

Kurze Zeit nach der Ankunft in Suhl waren etliche Zufahrtswege durch massive Polizeikontrollen blockiert. Vermeintliche „Störer“ wurden durch die Beamten bereits im Vorfeld auf den Straßen rausgezogen und kontrolliert, es gab intensive Durchsuchungen und Leibesvisitationen. Nach dem bekannt wurde, dass von den TeilnehmerInnen der NPD-Kundgebung möglicherweise Angriffsaktionen gegenüber einem betroffenen Wohnblock, in dem Flüchtlinge und MigrantInnen leben, ausgehen könnten, wurde die Kundgebung um etwa 700m auf einen andere Fläche verlegt. Neben dem ursprünglich als Veranstaltungsort geplanten Parkplatz versammelten sich einige hundert Menschen zu einem Straßenfest, bei dem man mit „Bier, Bratwurst und Blasmusik“ ein Zeichen gegen die Rechtsextremisten setzen wollte. Nicht weit entfernt traf man schon die ersten teilweise stark alkoholisierten Neo-Nazis an.

Rechtsextreme demonstrieren gegen „Multikriminalität“

Die TeilnehmerInnen der NPD-Kundgebung bestanden überwiegend aus rechtsextremen Skinheads und sogenannten „NS-Blackmetallern“, sowie rassistischen Bürgern aus Suhl-Nord. Darunter auch der NPD-Kreisverband Hildburghausen-Suhl samt Vorsitzendem Tommy Frenck, der Vorsitzende vom NPD-Kreisverband Rudolstadt-Saalfeld Thomas Wienroth und der NPD-Landesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt. Sie protestierten mit ihrer fremdenfeindlichen Kundgebung gegen eine angebliche „Verausländerung“ von Suhl-Nord. Unter den Rednern befand sich auch Ralf Steglich, ein Bewohner aus der Umgebung der leerstehenden Wohnblöcke, in die erst kürzlich nach der Auflösung eines AsylbewerberInnenheims einige MigrantInnen und Flüchtlinge einziehen mussten. Die ach so armen deutschen Protestler hinter dem NPD-Banner „Überholen und einzuholen - Nationalismus voran“ beschwerten sich über eine vermeintlich bessere Behandlung von Ausländern als von Deutschen und warfen allen „Nichtdeutschen“ Integrationsunwilligkeit und „Multikriminalität“ vor. Hauptschwerpunkt war jedoch ein angeblich massiver „Ausländerzuzug“ in Suhl-Nord, speziell in der Großen Beerbergstraße.

Rechtsextreme Strukturen stoßen überregional auf Interesse

Die Rechtsextremisten konnten in mehreren Fällen ungehindert verbotene Parolen rufen und den „Hitlergruß“ zeigen, was von der anwesenden Polizei konsequent ignoriert wurde. Rechtes Gedankengut trifft in Suhl Nord nicht selten auf Akzeptanz in der Bevölkerung, viele sprechen sogar von einer sogenannten „national befreiten Zone“, da die Zahl von rechtsextremistisch und rassistisch motivierten Angriffe sehr hoch ist und sich Neo-Nazis beinahe ungehindert in der Region ausbreiten konnten. Selbst das Jugendhaus Nordlicht in jenem Stadtteil dient inzwischen regelmäßig als Proberaum für rechtsextreme Blackmetal Bands (NSBM) aus Südthüringen. Wenige Minuten von Suhl entfernt befindet sich im kleinen Ort Dillstädt eine Gaststätte, die als einschlägiger Treffpunkt in der rechten Szene bekannt ist. Hier finden oftmals rechtsextreme Veranstaltungen und Schulungen mit durchschnittlich 100 bis 200 TeilnehmerInnen statt. So gab es unter anderem am 5. März 2005 eine Gedenkfeier zum einjährigen Bestehen der Erfurter Kameradschaft „Freiheitskämpfer“ und am 22. Januar 2005 eine Feier mit 120 Neo-Nazis, an der sich Rechtsextremisten aus ganz Thüringen beteiligten. Auch der Arnstädter Neo-Nazikader Sven Geyer berichtet in der rechtsextremen Szenezeitschrift „Ratatösk“ (Eisenach) über das jüngste Treffen in der „Henne“: Neben einem Vortrag über Horst-Wessel gab es auch eine Infoveranstaltung der erst kürzlich wegen Volksverhetzung verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck und musikalische Begleitung vom bundesweit bekannten Naziliedermacher und NPD-Kader Jörg Hähnel (JN Bundesvorstand). Weiterhin schreibt Geyer zu der Veranstaltung am 22. Januar „...ich freue mich schon heute auf die Reichsgründungsfeier 2006, eventuell sehen wir uns ja dann alle in Berlin“.

Auch in der Umgebung von Suhl gibt es weitere neofaschistische Strukturen, wie die Kameradschaft Zella-Mehlis, die Deutsche Partei und den Landesvorsitzenden Kurt Hoppe sowie eine starke rechte Jugendbewegung in Schleusingen, samt NPD-Kreisverband. Auffällig ist beim Aufkeimen neofaschistischer Tendenzen in der Region vor allem, dass der sogenannte „National Socialist Black Metal“ immer mehr an Popularität in der rechtsextremen Szene erlangt.

Left Resistance Arnstadt [LRA]
left-resistance@gmx.de ■

Nazi-Aufmarsch am 8. Mai in Berlin

Zwei gute Nachrichten brachte dieser Abstimmungssonntag am 29. Mai 2005 mit sich. Die erste lautet: Das „Non“ hat gewonnen, mit über 55 Prozent der Stimmen.

Die zweite lautet: An Jean-Marie Le Pen und der extremen Rechten hat es nicht gelegen.

Frankreich am Tag danach:

Der Sieg des „Non“ beim Volksentscheid – Welche Rolle spielte die extreme Rechte?

Überklebt vom Aufruf für das „Nein von Links“ der Kopernikus-Stiftung: Plakate des rechtsextremen Front national (Stellschild 6), des Realo- und Pro-Verfassungs-Flügels der Grünen (7) und der Regierungspartei (8).

Der Front National, der zur Zeit die schwerste Krise seiner Geschichte durchquert, aufgrund des absehbaren altersbedingten Abgangs seines Chefs und Übervaters, liegt derzeit in der allgemeinen Gunst der Franzosen bei knapp 9 Prozent (laut der jüngsten Monatsumfrage des „Figaro-Magazine“). Das wäre gut 1 Prozent weniger als bei den letzten Europaparlamentswahlen im Juni 2004. Der Abstand zwischen dem NON und dem OUI bei der Abstimmung beträgt aber zwischen 10 und 11 Prozent. Demnach hätten die Kritiker des Verfassungsvertrags auch dann noch die Abstimmung gewonnen, wenn am Sonntag alle Le Pen-Anhänger aus Krankheitsgründen hätten zu Hause bleiben müssen.

Die französische extreme Rechte war in diesem Abstimmungswahlkampf real kaum zu vernehmen, wegen ihrer momentanen Schwäche und der Zerstrittenheit ihres zentralen Apparats, in dem aufgrund der ungelösten Nachfolgefrage viel böses Blut kocht. Und dennoch stand sie wochenlang im Zentrum der Debatten – nicht unbedingt wegen ihrer eigenen Initiativen, sondern aufgrund der Rolle und Bedeutung, die Andere ihr verleihen bzw. zusprechen wollten.

Le Pen wurde permanent durch die konservativ-reaktionäre Regierungspartei UMP und durch den rechten Flügel der Sozialdemokratie als Schreckgespenst beschworen: „Wenn Ihr mit Nein abstimmt, dann stimmt Ihr genauso wie Le Pen“. Dabei verschwiegen die Herrschaften aus der politischen „Mitte“ natürlich vornehm, dass eine „Ja“-Stimme ihrerseits identisch mit der Position eines Silvio Berlusconi, eines italienischen „Postfaschisten“ Gianfranco Fini (der als Mitglied des „Verfassungskonvents“ sogar Co-Autor des Textes war) und eines Jörg Haider zum Verfassungsvertrag ist. Eine binäre Ja-Nein-Entscheidung bei einem Referendum ist nun einmal dazu geeignet, dass sich unterschiedliche Leute aus unterschiedlichen Gründen mit demselben Stimmzettel in der Hand wiederfinden. Das ist nicht identisch damit, ein politisches Programm oder Projekt gemeinsam mit der extremen Rechten zu vertreten, wie bürgerliche Regionalregierungen in Frankreich es 1998 taten, als sie mit den Stimmen des FN ins Amt gelangten. Dieser Unterschied wurde systematisch verwischt, dadurch wurde die Gefahr einer tatsächlichen politischen Annäherung an die extreme Rechte verwischt.

Das erpresserische Argument, das vor allem sozialdemokratische und linksliberale Wähler am letzten Sonntag vom Nein-Stimmen abhalten sollte, hat sich im Laufe der Wochen abgenutzt: Kaum jemand wollte es mehr hören. Aber seine Verwendung bis zum Überdruss durch die bürgerliche Propagandamaschinerie und die Verwischung des Unterschieds zwischen „Nein-Stimmen, während auch Le Pen (aus anderen Gründen) mit Nein stimmt“ einerseits und „gemeinsam mit den Rechtsextrem regieren“ andererseits birgt längerfristig ein Risiko in sich: das einer Banalisierung und Verharmlosung der extremen Rechten.

Unterschiedliche Antworten

Der Verfassungsvertrag widerspiegelte ein neoliberales politisches Projekt. Dessen Grundzüge sehen so aus: Soziale Probleme und individuelle politische Rechte sollen weiterhin den Nationalstaaten überlassen bleiben, und nur der Markt und die Konkurrenz sollten die Bevölkerungen der EU miteinander „verbinden“.

In seinem Artikel 210-2 schloss der Verfassungsvertrag explizit eine Angleichung der sozialpolitischen Gesetzgebung der verschiedenen EU-Länder aus, eine „Harmonisierung“ auf diesem Gebiet soll allein einer vermeintlichen spontanen Entwicklung der Gesetzgebungen auf jeweils nationaler Ebene überlassen bleiben.

Damit würde einer mörderischen Konkurrenz Tür und Tor geöffnet, da das Kapital innerhalb der EU absolute Niederlassungsfreiheit genießen soll (Artikel 137) und damit ein aktives Sozialdumping betreiben kann, indem es Länder und Standorte erfolgreich gegeneinander ausspielt.

Der Abstimmungskampf konzentrierte sich über weite Strecken hinweg auf die Frage des Umgangs mit osteuropäischen Arbeitnehmern, die bereits heute auf Arbeitssuche nach Frankreich kommen. (Derzeit können sie das offiziell noch nicht als abhängig Beschäftigte, da Frankreich ebenso wie Deutschland und die meisten anderen EU-Staaten mit Ausnahme der britischen Inseln einen Vorbehalt bezüglich der Freizügigkeit osteuropäischer EU-Bürger geltend macht. Deswegen kommen polnische und andere Arbeitnehmer im Moment überwiegend als Scheinselbständige nach Frankreich.)

Ein Ausspruch des ehemaliges niederländischen EU-Kommissars Frits Bolkestein rückte den, inzwischen sprichwörtlichen, „polnischen Klempner“ in das Zentrum der Debatte. Der Herr beschwerte sich Anfang April darüber, dass er für sein Haus in der Nähe des nordfranzösischen Arras „kein geeignetes Personal“ finde: Die Klempner und Elektriker, die er beauftragt habe, waren anscheinend nicht billig oder nicht willig genug. Deshalb würde er gern „polnische

Flugblatt des Front National vor der Abstimmung über den Verfassungsvertrag: „Für ein Europa ohne Türkei“.

Klempner“ importieren und ans Werk lassen, befand Bolkestein. Derselbe Herr war in den vier Wochen vorher als Namengeber der EU-Richtlinie zum Dienstleistungsgewerbe berühmt geworden. Diese sieht vor, dass in solchen Fällen Arbeitnehmer von Dienstleistungsunternehmen aus anderen EU-Ländern (etwa: die polnischen Klempner, sofern sie Beschäftigte einer polnischen Firma sind, die in Frankreich ihre Dienste anbietet) zu sozial- und arbeitsrechtlichen Bedingungen ihrer Herkunftsländer beschäftigt werden können. Also beispielsweise polnische Klempner in Frankreich zu polnischen Stundensätzen, Arbeitszeiten und Sozialversicherungsbedingungen.

Nachdem diese bereits in erster Lesung verabschiedete Richtlinie im März 2005 erstmals durch französische Gewerkschaften einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, hatte man sie in Brüssel eilends „verschoben“, um den Ausgang des französischen Referendums nicht zu gefährden (das nunmehr dennoch für die EU-Eliten „in die Hose ging“). Doch aufgeschoben bedeutet keineswegs aufgehoben: Ihre Verabschiedung in zweiter Lesung ist nunmehr für September 05 programmiert. Nach dem französischen Votum dürfte ihre Annahme jedoch schwerer fallen.

Im Laufe der Abstimmungskampagne wurde immer wieder publik, dass die durch die „Bolkestein-Richtlinie“ vorgesehen sozialen Zustände zum Teil bereits heute Wirklichkeit sind: Polnische Fernfahrer sind gezwungen, in Frankreich Nächte über Nächte auf Autobahnraststätten zu verbringen, damit sie auf dem Papier in Polen gemeldet bleiben und nicht auffällt, dass sie in Wirklichkeit in Frankreich für französische Speditionsfirmen arbeiten. Portugiesische Arbeiter sind im Auftrag der französischen Telekom, bei deren Subfirma Constructel, in Zentralfrankreich zu portugiesischen Löhnen tätig. Usw. usf.

Darauf gab es nun drei verschiedene Antworten, die in diesem Abstimmungskampf vertreten wurden. *Die erste lautet:* Diese ausländischen Arbeiter müssen raus. Dafür steht tendenziell die extreme Rechte, auch wenn sie es nicht allzu hinaus posaunte, da beispielsweise der FN offiziell „für ein Europa ohne Türkei“ eintritt und gegenüber den christlichen Völkern und „alten Zivilisationen“ Europas mindestens theoretisch Respekt bekundet.

Die *zweite mögliche Antwort* darauf lautet: Ignorieren. Dafür steht die bürgerliche Rechte, die im Kern der Ansicht ist, in den beschriebenen Phänomenen liege kein Problem: Zwar würden in Frankreich Arbeitsplätze durch Vergabe an Billiglohnländer oder „Import“ billigerer Arbeitskräfte zwecks Lohndrückens verschwinden. Aber dies würde allemal durch den Vorteil (aus Sicht des nationalen Kapitals) des Zugewinns an Marktanteilen für große westeuropäische Firmen in Polen und anderswo wettgemacht. Wen kümmert also die „Konkurrenz unter Arbeitern“? Auch die neoliberale Schicki-Micki-Sozialdemokratie entschied sich für das Ignorieren bzw. überspielte das Problem durch Schöngeisterei. So der Schauspieler Philippe Torreton, der mit dem rechten Flügel der Sozialdemokratie den Abstimmungskampf führte. Auf die Frage eines Journalisten, was er vom Einsatz solcher „Billigarbeitskräfte“ halte, antwortete er mit moralischem Pathos: „Und ich habe gedacht, dass man nach dem Horror (des Faschismus) nie wieder einen Polen als Ausländer bezeichnen würde!“ Im Namen eines abstrakten gesamteuropäischen Ideals klagte er jene an, die auf das konkrete materielle Problem hinweisen, und nicht jene, die für ungleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen sorgen und damit den Grundstein für Konkurrenz und Hass legen.

Die *dritte Antwort* war jene, die durch den von links kommenden, überwiegenden Anteil der Vertragsgegner in diesem Abstimmungskampf gegeben wurde: Die Annäherung der Lebensbedingungen in Europa, durch Angleichung der sozialen Mindeststandards „nach oben“. Also durch Einführung EU-weit verbindlicher Mindestlöhne, durch Schranken für die Mobilität des Kapitals, durch Niederlassungsfreiheit für Einwanderer bei gleichen Rechten statt für Firmen und Unternehmen.

Jean-Marie Le Pen war weitgehend abgemeldet

Dieses „dritte Lager“ ist es, das den Abstimmungskampf bei weitem bestimmt und entschieden hat. Jean-Marie Le Pen war weitgehend abgemeldet, was mit seiner persönlichen Verfassung (Le Pen wurde im Sommer 2002 an Krebs, und im Februar dieses Jahres an der Hüfte operiert) und mit dem Zustand seiner Partei zu tun hat. Deswegen ist dieses NON ein Nein der Hoffnung. Nun wird es darauf ankommen, was man daraus macht: Das französische NON hat sozialen Widerständen gegen das neoliberale und nach Großmachtstatus strebende Europa eine Bresche geöffnet. Aber sie muss jetzt von linken Gewerkschaftern, von außerparlamentarischen sozialen Bewegungen, von politischen Akteuren grenzüberschreitend genutzt werden. Sonst droht der Impuls zu verpuffen, und die Opposition von Rechts doch noch als „die wahre Alternative“ dazustehen.

Bernhard Schmid, Paris ■

as Dokumentationszentrum des Rom e.V. Köln – 1999 von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eröffnet – zeigt ab Montag 30. Mai 2005 bis Dienstag 7. Juni 24 Filme zur aktuellen Situation, Geschichte und Kultur der Roma in Europa.

Die Filmwoche versteht sich als Aufforderung, sich mit dem Bild auseinander zu setzen, das dieses Medium von den „Zigeunern" zeichnet und als Anregung eine andere Wahrnehmung zuzulassen als diejenige, die wir bisher von dieser Minderheit haben. Anlass für die Filmwoche ist die Fertigstellung der weltweit ersten Filmographie zum Thema „Zigeunerfilm", die solche Filme seit Beginn der Filmgeschichte (also von 1897 bis 2005) aus ca. 30 europäischen und außereuropäischen Ländern erfasst – bislang fast 2500 Titel. Die Filmographie basiert auf der zweijährigen Recherchearbeit unseres Teams und der Kinemathek Hamburg. Sie wird am Montag 30. Mai um 11 Uhr im Filmhaus der Presse vorgestellt.

Schwerpunkt der Filmwoche sind bisher unbekannte Dokumentarfilme zur Situation der Roma in Ost- und Südosteuropa, die z.T. von Roma-Filmemachern gedreht wurden. Die Filme machen deutlich, warum viele Romafamilien Zuflucht in Westeuropa suchen, zumal nachdem viele dieser Staaten jetzt EU-Mitglieder wurden und was sie erwartet, wenn sie zurückgeschickt werden.

Ein anderer Schwerpunkt sind Filme zu pädagogischen Projekten mit Romakindern. Mehrere Spielfilme thematisieren das prekäre Verhältnis zwischen Minderheit und Mehrheitsgesellschaft. Regisseure und Filmkritiker u.a. auch aus Frankreich, Serbien, Ungarn werden bei einzelnen Vorstellungen anwesend ein und sich der Diskussion stellen. In einem Symposium zum Abschluss der Filmwoche (Sonntag 5. Juni) soll mit Fachleuten das Bild der „Zigeuner" im Film und die Bedeutung des Mediums für die Bildung oder den Abbau von Vorurteilen diskutiert werden. Für LehrerInnen und SchülerInnen finden Sondervorstellungen statt.

Die Filmwoche und Filmographie werden gefördert von: Filmstiftung NRW, Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, Landeszentrale für politische Bildung NRW, Kulturamt der Stadt Köln, Europabüro beim OB Köln, Institut Francais de Cologne, Fonds Soziokultur, Evang. Kirche im Rheinland, Stiftung Mitarbeit, Projektbüro Heuss Heidelberg

Eintritt: Film bzw. Filmblock 4.- (2.50 Euro), Gesamtticket 18.- (10.-), Schülervorstellungen: am Freitag 1.50 Euro; am Dienstag Eintritt frei

Vorverkauf: Rom e.V., Bobstr.6-8, 50676 Köln, Tel. 2786075 email: rom.ev@netcologne.de

Das Filmteam des ROM e.V.
Branka Pazin, Regina Schwarz,
Kurt Holl ■

Neues Grundsatzurteil zur asylrechtsrelevanten Lage in der Türkei

MÜNSTER. **Der 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat mit Urteil vom 19. April 2005 entschieden, dass Kurden in der Türkei nach wie vor keiner an ihre Volkszugehörigkeit anknüpfenden Gruppenverfolgung ausgesetzt sind.**

Das Gericht hat sich umfassend mit der aktuellen Lage in der Türkei befasst und dabei insbesondere die umfangreichen Reformpakete der Jahre 2002 bis 2004 gewürdigt, die einer Annäherung der Türkei an die EU dienen sollen.

In Fortführung und Modifizierung seiner bisherigen Rechtsprechung hat der Senat ausgeführt:

Die Menschenrechtslage in der Türkei habe aufgrund der Reformpakete wichtige Verbesserungen erfahren. Politische Verfolgung finde indessen in der Türkei trotz der Reformen weiterhin statt; Folter werde allerdings seltener als früher und vorwiegend mit anderen, weniger leicht nachweisbaren Methoden praktiziert. Von politischer Verfolgung seien in besonderem Maße Politiker, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und andere Personen bedroht, die sich für die Interessen der kurdischen Bevölkerung einsetzten und deshalb strafrechtlichen Vorwürfen ausgesetzt seien.

Es sei auch nicht auszuschließen, dass türkische Sicherheitskräfte im Einzelfall gegenüber Angehörigen gesuchter Personen zu asylerheblichen Maßnahmen greifen (Sippenhaft); eine solche Sippenhaft drohe Angehörigen aber – anders als früher – nicht mehr mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit.

Allein wegen ihrer Volkszugehörigkeit müssten Kurden eine politische Verfolgung nicht befürchten. Dies gelte auch nach Wiederaufflammen der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK-Nachfolgeorganisation KONGRA-GEL und türkischen Sicherheitskräften im Südosten der Türkei im Sommer 2004.

Politische Verfolgung hätten auch nicht Angehörige der alevitischen Religionsgemeinschaft zu befürchten oder Asylbewerber, die ihren Wehrdienst noch nicht abgeleistet hätten. Auch nach einer Abschiebung in die Türkei drohe abgelehnten Asylbewerbern nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine menschenrechtswidrige Behandlung.

Das Oberverwaltungsgericht hat die Revision zum Bundesverwaltungsgericht nicht zugelassen.

Oberverwaltungsgericht Münster
4.05.2005, Az.: 8 A 273/04.A ■

Hamburger CDU räumt ab

Als die Demonstration gegen die drohende Abschiebung der Afghaninnen und Afghanen auf den Hamburger Gänsemarkt, den Ort der Abschlusskundgebung, einbog, zogen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer großen Tafel vorbei, auf der darauf hingewiesen wurde, dass hier an der „wachsenden Stadt“ gebaut wird: „Für Sie“.

In das Senatsleitbild dieser „wachsenden Stadt“ passt augenscheinlich ein Teil der Bevölkerung nicht. Mit welcher menschenverachtenden Energie die Innenbehörde, aber auch so mancher CDUler die Abschiebung der Afghanen zum (höchstpersönlichen) Anliegen macht, geht aus einer Meldung der Welt am 24.5. hervor.

„Der Druck wird erhöht“, wird dort der Sprecher der Innenbehörde Marco Haase zitiert. Nachdem die Abschiebungswelle bisher nicht in gewünschter Weise in Schwung kam, weil mehrere von Abschiebung bedrohte Afghanen ihr verbürgtes Recht wahrnahmen und Asylanträge stellten, sollen jetzt Asylanträge noch auf dem Flughafen, sozusagen bei laufenden Propellern der Abschiebungsmaschine, „geprüft“ werden. Was es mit dieser „Prüfung“ auf sich hat, nämlich Abfertigung am Fließband, wird nicht einmal verhüllt. CDU-Innenexperte Ahlhaus („Nach Gesprächen mit dem Innensenator bin ich sehr zuversichtlich, dass der Vollzug nun läuft.“): „Einfach nach Asyl zu rufen, das ist vorbei. Das Bundesamt kann in kürzester Frist die Lage prüfen. Wir haben auch sichergestellt, dass in Minutenfrist Kontakt mit dem Eingabenausschuss hergestellt werden kann. Damit sind die Verfahren so gestrafft, dass wir das meiste direkt am Flughafen abräumen können.“

So werden Menschen zu Sachen erklärt, Menschen, deren Zukunft auf höchste gefährdet ist, zu Verfahrensobjekten, die man abräumt. Aus, vorbei und weg.

Da mögen sie bauen, was und soviel sie wollen: Der deutsche Ungeist, der sich in der Exekution der Abschiebung zeigt und der aus diesem Ahlhaus spricht, macht Hamburg zu einer erstarrenden Stadt.

Christiane Schneider ■

Und: Was wäre Hamburg ohne sie und ohne all die vielen anderen Migranten? Foto: scc

Demonstration gegen Massenabschiebungen nach Afghanistan

HAMBURG. Über 1000 Menschen demonstrierten am 21. Mai gegen die geplanten Abschiebungen von mindestens 5.000 Menschen nach Afghanistan. Trotz vielfältiger Kritik von Flüchtlingsinitiativen, Hilfsorganisationen, aus Kirchenkreisen und Parteien bleibt der Hamburger Senat bei diesem Vorhaben. Die nächsten Abschiebungen sollen am 25. Mai erfolgen und dann in den kommenden Wochen jeden Mittwoch stattfinden. Zurzeit werden afghanische Flüchtlinge täglich zu Dutzenden in die Ausländerbehörde bestellt. Duldungen erhalten sie nur noch für wenige Tage und Wochen und die Menschen leben in ständiger Angst vor Festnahmen. „Wer dann festgenommen wird“, so Anwalt Thorsten Buschbeck, „der muss dem Richter gar nicht vorgeführt werden und kann am Mittwochen abgeschoben werden“.

Inzwischen hat sich nicht nur herausgestellt, daß Innensenator Nagel die prekäre Sicherheits- und Versorgungslage in Afghanistan beschönigt. Seiner Behauptung, dass der afghanische Flüchtlingsminister Azam Dadfur die Abschiebungen begrüßt, hat der Minister im „Spiegel“ widersprochen. Ebenso wenig hat die Flüchtlingsorganisation „International Organisation of Immigration“ (IOM) - wie behauptet - Nagel in Afghanistan zugesagt, sich um die Abgeschobenen zu kümmern. Lt. Antje Möller von der GAL habe IOM „keineswegs grünes Licht für die Abschiebung von Flüchtlingen gegeben. Über die Betreuung von rückkehrenden Afghanen sei ‚keine spezielle Vereinbarung’ mit Hamburg getroffen worden. Außerdem begleitet die IOM grundsätzlich freiwillige Rückkehrer - und keine Flüchtlinge, die gegen ihren Willen in ein anderes Land verbracht werden.“ (taz, 3.5.2005).

Wir veröffentlichen im Folgenden die Rede einer afghanischen Schülerin, gehalten auf der Zwischenkundgebung der Demonstration am Gerhart-Hauptmann-Platz.

bab ■

„Jeden Abend schlafen wir mit dem Gedanken ein, was morgen mit uns passiert“

Liebe deutsche Mitbürger und Mitbürgerinnen.
Ich bitte Sie für zwei Minuten um Ihre Aufmerksamkeit.

Wie Sie sicherlich durch die Medien mitbekommen haben, werden in diesen Tagen Hunderte von jungen Afghanen nach Afghanistan abgeschoben. Es wird einfach über ihre Zukunft, sogar über das Leben vieler junger Afghanen entschieden.

Online-Demonstranten vor Gericht

Im Juni 2001 protestierten über zehntausend Menschen mit einer Online-Demonstration gegen Abschiebungen mit Lufthansa-Maschinen. Am 14. Juni 2005 wird nun ein Mitglied der Initiative Libertad!, die zur Demonstration aufgerufen hatte, wegen Nötigung vor Gericht gestellt.

Wir werden in und mit diesem Prozess die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit auch im Internet verteidigen. Wir nutzen deshalb diesen Prozess, um auf der Straße, online und im Gerichtssaal erneut gegen das Abschiebegeschäft der Lufthansa und anderer Fluggesellschaften zu protestieren. Und wir wehren uns gegen die Kriminalisierung von sozialen und politischen Online-Aktivismus. *aus Frankfurter Info* ■

Protest gegen Sachleistungen für Flüchtlinge in Kerpen

Am Dienstag, den 24. Mai 2005, fand eine Mahnwache von etwa 20 Flüchtlingen vor dem Rathaus der Stadt Kerpen (bei Köln) statt. Anlass war eine Ratssitzung, in der der kommunale Haushalt 2005 verabschiedet wurde.

Ein Ergebnis der Haushaltsvereinbarungen der Koalition aus SPD, Grünen und UWG ist: 80 bis 90 Flüchtlinge in Kerpen (Leistungsbezieher gem. §§ 1a und 3 AsylbLG) sollen laut Beschluss des Kerpener Sozialausschusses Sachleistungen statt Bargeld erhalten.

33 Flüchtlinge aus der zentralen kommunalen Unterkunft haben an den Stadtrat eine Petition gerichtet, die von der Bürgermeisterin bislang nicht entgegen genommen wurde. Die Mahnwache war ein weiterer Schritt, den Protest öffentlich zu machen und an die Stadtverordneten heranzutragen.

KÖLNER FLÜCHTLINGSRAT, *Thomas Zitzmann* ■

Wir dokumentieren aus der Petition der Flüchtlinge

„Wir Flüchtlinge in Kerpen, die in der zentralen Flüchtlingsunterkunft leben, protestieren gegen das Vorhaben der Stadt, uns für unsere Ernährung, Hygiene, Kleidung usw. kein Geld mehr auszuzahlen, sondern nur noch Sachleistungen zu gewähren bzw. Zugang zu einem „Shop“ genannten LKW mit begrenztem Warenangebot.

Wir beschließen daher folgende
Petition an den Rat der Stadt Kerpen:
Wir sind als Flüchtlinge alle von der Leistungsumstellung betroffen, die im Geheimen vom Sozialausschuss beschlossen wurde, selbst, wenn einzelne das Glück haben sollten, weiter Geld zur Ernährung usw. zu erhalten.
Aus vielen Gründen lehnen wir die Leistungsumstellung durch die Stadt Kerpen ab:

1. Wir benötigen unterschiedliche Arten von Essen entsprechend unterschiedlicher
a. kultureller
b. und persönlicher Ernährungsgewohnheiten.
2. Es bestehen unterschiedliche religiöse Ernährungsregeln.
3. Wir haben viele Kinder, die eine vielfältige und abwechselungsreiche Ernährung benötigen.
4. Einige Frauen sind schwanger und haben daher besondere Ernährungsbedarfe. Dies gilt auch für stillende Mütter, Neugeborene und Kleinkinder.
5. Auch die Kranken haben oft einen besonderen Ernährungsbedarf, z.B. bei
a. Diabetes und
b. Allergien.
6. Die Verweigerung von Bargeld beschränkt unsere Freiheit unnötig und nur, weil wir Flüchtlinge sind. Sie bedeutet eine Ungleichheit gegenüber anderen Menschen. Diese Diskriminierung verstößt gegen unsere Würde als menschliche Wesen.

Wir fordern die politischen Gremien daher auf, den Beschluss zur Leistungsumstellung zurückzunehmen. Wir fordern die Verwaltung auf, den Beschluss bis dahin nicht umzusetzen.
Kerpen, den 13./14. Mai 2005“

33 Unterschriften von Flüchtlingen in der Unterkunft Kerpen-Horrem ■

Wir junge Afghaninnen und Afghanen sind mit der Hoffnung nach Deutschland gekommen, hier in Schutz und Sicherheit zu leben, um hier eine Zukunft aufzubauen, hier die Möglichkeit zu haben, uns weiterzubilden und weiterzuentwickeln.

Doch alle unsere Asylanträge werden vom Staat abgelehnt. Wir dürfen hier weder arbeiten noch ausgebildet werden, da wir keine Arbeitserlaubnis haben.

Jeden Abend schlafen wir mit dem Gedanken ein, was morgen mit uns passiert, ob wir hier in Deutschland bleibe

n dürfen oder nach Afghanistan abgeschoben werden, in ein Land, wo es keine Bildung, keine Sicherheit und keine Zukunft gibt. Durch die Abschiebung leiden viele junge Afghanen an physischen und psychischen Problemen.

Wir werden in Handschellen wie Verbrecher festgenommen und abgeschoben. Aber WARUM?

Nur weil wir einen Fehler gemacht haben und in ein demokratisches Land geflohen sind. In der Hoffnung, dass wir hier in Frieden und Freiheit leben dürfen!

Wie heißt es in dem deutschen Grundgesetz in Artikel 1, Absatz 1? Die Würde des Menschen ist unantastbar! Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Aber wird das eingehalten? Ist das mit menschlicher Würde zu vereinbaren? ■

Entschließung zum Tag der Befreiung abgelehnt

Zu der am 12. Mai vom Europäischen Parlament angenommenen Entschließung zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs erklärten die Mitglieder der Linksfraktion im Europäischen Parlament Sahra Wagenknecht (PDS) und Tobias Pflüger (parteilos):

Wir lehnen die vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit in allen Fraktionen von Grünen bis zu Nationalisten – mit Ausnahme der Linksfraktion – angenommene Resolution zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs aus folgenden Gründen ab:

a. der 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands und Europas wird instrumentalisiert, um geschichtsrevisionistische Thesen durch die begriffliche Gleichsetzung von Nazi-Deutschland und Sowjetunion voranzutreiben,

b. die Verbrechen des deutschen Faschismus, insbesondere die Vernichtung der europäischen Juden, werden durch diese Gleichsetzung verharmlost, offensichtlich ist eine Relativierung dieses Zivilisationsbruchs Ziel der Resolution,

c.. der maßgebliche Beitrag der Sowjetunion am Sieg über den Faschismus findet keine Erwähnung.

Vor 60 Jahren wurde die Welt vom Nationalsozialismus befreit, in dessen Namen, unterstützt von großen Teilen der deutschen Bevölkerung und vom Kapital, in unvergleichbarer Menschenverachtung die industrielle Vernichtung der Juden beschlossen wurde. Konzentrationslager wurden überall zum Zweck der vollständigen Auslöschung der europäischen Jüdinnen und Juden errichtet. Zu den Opfern der Nationalsozialisten gehörten alle von ihnen als lebensunwert betrachtete Menschen wie Roma und Sinti, behinderte Menschen, Homosexuelle. Der antifaschistische Widerstand, getragen insbesondere von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Linken, wurde von den Nationalsozialisten brutal bekämpft, Zehntausende wurden gefoltert und ermordet.

Heute den Gedenktag an das Ende der NS-Herrschaft zu nutzen, um 1989 als eigentlichen Zeitpunkt der Befreiung herauszustellen, wie es die im Europäischen Parlament verabschiedete Resolution macht, ist eine Banalisierung des nationalsozialistischen Terrorregimes, verunglimpft die Sowjetunion und die von ihrer Bevölkerung und der Roten Armee erbrachten immensen Opfer und leistet dem wachsenden Nationalismus, Rechtsextremismus und der zunehmenden Relativierung der Nazi-Verbrechen in Europa Vorschub. Notwendig wäre ein ganz anderes Signal: Eine eindeutige und klare Verpflichtung, dass Faschismus niemals wieder eine Chance in Europa haben darf. Eine antifaschistische Verpflichtung durch das Europäische Parlament wäre dem Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa angemessen gewesen. Anstatt dessen versucht das Europäische Parlament den Tag der Befreiung zu instrumentalisieren und betreibt Geschichtsrevisionismus.

Sahra Wagenknecht und
Tobias Pflüger, MdEP,
Strasbourg, den 12.5.05
eMail swagenknecht@europarl.eu.int
www.sahrawagenknecht.de ■

Keine Demokratie am Tag für Demokratie.

„Die Himmlischen Vier bringen die bundesrepublikanischen Verhältnisse zum Tanzen", heißt es in der Flugschrift des Aktionsbüros, die seit einigen Wochen verbreitet wird, und die auch in Berlin und Potsdam am 8. und 9. Mai verteilt wurde.

Genauso ist es, und genauso wird es wohl noch weiter sein. Denn der Senat und die Behörden von Berlin glaubten, am 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus diese internationale Antikriegsaktion nicht ertragen zu können. Nicht die Ehrung des Heroismus der Sowjetsoldaten mit den beiden sowjetischen Panzern am sowjetischen Ehrenmal, nicht die Nutzung des Reichstags durch den toten Soldaten aus Brechts Legende zur Warnung des deutschen Volkes vor neuen Kriegen, nicht die Durchfahrt durch das Brandenburger Tor, nicht die Mahnung an der Neuen Wache. In Berlin wurde Verbot auf Verbot, Schikane auf Schikane gehäuft.

Während das Verwaltungsgericht in Potsdam das Grundgesetz am 4. Mai wieder in sein Recht setzte und die Stadt Potsdam anwies, die Antikriegsaktion in all ihren Stationen zuzulassen, hielten Senat und Verwaltungsgerichte in Berlin an der Linie fest, die da lautete: Alles darf stattfinden am „Tag für Demokratie", alles, auch eine Nazikundgebung – nur nicht diese Aktion zum Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus!

Am „Tag für Demokratie" selbst, also am 7. und 8. Mai 2005, war in Berlin dann nicht nur „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER" verboten. Verboten sollte auch sein jeder Hinweis auf dieses Verbot. Man kann nur mit Brecht fragen: „Haben sie denn so mächtige Feinde?" Der Senat sah nur einen Gegner. Die Faschisten waren es nicht. Es war „Das Begräbnis oder die HIMMLISCHEN VIER". Und mit ihnen das bürgerliche Recht, und insbesondere das Grundgesetz. Senat und Polizei würdigten den 8. Mai mit einem Tanz der Furcht und Schwäche, indem sie jedes Transparent, jedes Plakat (das in ihre Reichweite kam) des Platzes verwiesen oder beschlagnahmten, das das Verbot der HIMMLISCHEN VIER bekanntmachte und darüber aufklärte.

Angemeldete Spontankundgebungen gegen das Verbot der „Himmlischen Vier“ wurden rechtswidrig aufgelöst. Dutzende Unterstützer der Aktion wurden des Platzes verwiesen, ihre Personalien aufgenommen. Dutzende Verstöße nicht nur gegen das Versammlungsrecht, sondern gegen den Artikel 8 des Grundgesetzes; die Freiheit der Versammlung, die Freiheit der Kunst, die Freiheit der Meinungsäußerung – sie waren von den Berliner Behörden suspendiert, zumindest für DIE HIMMLISCHEN VIER und zumindest an diesem 8. Mai 2005.

Und doch sind sie die HIMMLISCHEN VIER auch dadurch nicht losgeworden. Am 7. und 8. Mai tauchten immer wieder Tafeln, Flugschriften und Transparente der HIMMLISCHEN VIER in Berlin auf, zwischen Pariser Platz, Reichstag und sowjetischem Ehrenmal, an Ballons schwebten sie über den Köpfen der Personen des Senats-„Tages der Demokratie“ und der verdutzten Flaneure auf der „Meile der Demokratie“.

Sie klärten auf und riefen auf, am 31. Juli nach Berlin und am 1. August nach Potsdam zu kommen – zum 60. Jahrestag des Potsdamer Abkommens.

Kontakt zum AKTIONSBÜRO „DAS BEGRÄBNIS ODER DIE HIMMLISCHEN VIER“: Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin, Tel. 030/24 00 95 05; Fax 030/24 00 95 06, email: aktionsbuero-himmlischevier.de Internet: www.himmlischevier.de ■

FIR protestiert gegen Erwähnung im Verfassungsschutzbericht

In einem Schreiben an den deutschen Innenminister Otto Schily verwahrt sich die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten (FIR) gegen ihre diskriminierende Erwähnung im deutschen Verfassungsschutzbericht. Ohne jegliche inhaltliche Substanz wird die Organisation unter „linksextremistische Bestrebungen“ aufgeführt. In der Sprache des Kalten Krieges wird die FIR, die in fast allen europäischen Ländern und in Israel Mitgliedsverbände besitzt, als „Dachverband der kommunistischen Widerstandskämpfer“ tituliert.

Innenminister Schily solle sich besser bei seinem Bundeskanzler über die FIR informieren, forderte der Generalsekretär der FIR, Dr. Ulrich Schneider. Bundeskanzler Schröder habe anlässlich eines Meinungsaustausches zum 60.Jahrestag der Befreiung das aktuelle Informationsbulletin erhalten, aus dem das aktive Eintreten der Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer, Deportierter und Internierter für die Bewahrung der Erinnerung und gegen jegliche Verfälschung der Geschichte hervorgehe.

Die FIR wirkt heute gegen jegliches Erstarken von Neofaschismus und Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in den verschiedenen europäischen Ländern. Bei einem Gespräch mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan am 9. Mai 2005 in Moskau hatte der Präsident der FIR, der belgische Widerstandskämpfer Michel Vanderborght, noch einmal die übernommene Verpflichtung als „Botschafter des Friedens“ betont.

Solch ein Engagement als „linksextremistisch“ zu bezeichnen, widerspricht dem politischen Konsens der europäischen Demokraten.

Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär
Fédération Internationale des Résistants - Association Antifasciste (FIR)
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de ■

:ostritt

Zu neuen publizistischen Schlägen gegen die Tschechische Republik setzt die Frankfurter Allgemeine Zeitung an. Während die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ lauthals die Annullierung zahlreicher tschechischer Gesetze von Verfassungsrang fordert („Benes-Dekrete“), feuert das Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie aus vollen Rohren gegen eine der letzten Bastionen der europäischen Nachkriegsordnung. Des „Benes-Kults“ bezichtigt *Karl-Peter Schwarz* in der FAZ vom 23. Mai die tschechische Regierung: „Der Benes-Kult empört zwar die Vertriebenen und viele andere in Deutschland, in Österreich, in Ungarn und in der Tschechischen Republik, aber er ist längst zu einem festen Bestandteil der tschechischen Geschichtspolitik geworden.“ Hart greift Schwarz den ehemaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten an, dessen Rücktritt die Deutschen 1938 mit der Annexion tschechoslowakischen Territoriums erzwungen hatten. Benes habe sich „nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens nach London abgesetzt“, schreibt der FAZ-Autor vorwurfsvoll und wirft ihm „(d)ie ethnische Säuberung der Tschechoslowakei und die Mißachtung des Rechts auf Eigentum“ vor.

Den Beginn des inkriminierten Geschehens hat Schwarz in der FAZ vom 6. Mai exakt datiert: „Am 4. Mai 1945 begann mit dem Prager Aufstand eine der größten ‚ethnischen Säuberungen‘ des 20. Jahrhunderts.“

Zur Erinnerung: Der Prager Aufstand leitete die Befreiung der tschechoslowakischen Hauptstadt ein, bei der angeblichen „ethnischen Säuberung“ handelte es sich um die Abschiebung von Deutschen und Ungarn, die in irgendeiner Form an der Zerschlagung der Tschechoslowakei beteiligt waren. Schwarz wirft Tschechoslowaken, die im Mai 1945 deutsche Aufschriften an Bahnhöfen und Postämtern durch tschechoslowakische ersetzten, einen „Rückgriff auf das Symbolrepertoire des Volkstumskampfes“ vor, bezichtigt die Exilregierung, Übergriffe gegen Deutsche gefördert zu haben. Und er setzt den Beginn der Befreiung mit dem Beginn einer angeblichen neuen Unterdrückung („ethnische Säuberung“) in eins.

Dass man derlei Invektiven nicht mehr nur in abseitigen „Vertriebenen“-Blättchen, sondern im Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie findet, ist ein sicherer Hinweis auf das Aggressionspotential der herrschenden Klasse gegenüber dem Nachbarland.

jk ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Anleitung zum Kreidefressen

Nation und Europa, Mai 2005

Auch die Herausgeber und Redakteure kommen nicht umhin, des 60. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus zu gedenken – tun das allerdings auf ihre eigene Weise: „60 Jahre 8. Mai 1945: Wir feiern nicht. Wir gedenken aller Opfer des Krieges, nicht zuletzt derer, die für Deutschland gefallen sind oder ermordet wurden. Wir schämen uns eines Kanzlers, der im Lager der Sieger auf die deutsche Katastrophe anstößt. Wir werden uns befreit fühlen, sobald der letzte ‚Befreier' Deutschland verlassen hat. Die Mitarbeiter des Nation-Europa-Verlages". Mit ihrem Gedenken an alle Opfer des Krieges, die keinen Unterschied zwischen Mördern und Ermodeten, Angreifern und Verteidigern, „Herren-" und „Untermenschen" kennt unterscheiden sie sich allerdings kaum vom deutschen Opfermythos der in den letzten Jahren und Monaten die Medien beherrschte. Grass' letztes Buch und die Filme über das Leid der Vertriebenen, Jörg Friedrichs „Brand" (aus dem der Begriff des „Bomben-Holocaust" stammt) „Der Untergang" in den Kinos: Das alles nahm den ersten Absatz der N&E-Erklärung vorweg, ohne einen Aufstand der Anständigen hervorzurufen.

Eine nur geringfügig andere Form der „Entschuldigung" für die faschistischen Verbrechen liefert *Bernd Seifert*, der „zum 60. Jahrestag der deutschen Kapitulation" fragt „Welche Lehren?": „Die ‚kleinen Leute' waren weder am Schmieden von Kriegsplänen noch in ihrer übergroßen Mehrheit an Verbrechen beteiligt. Sie waren Opfer des Krieges – in Berlin genauso wie in Moskau, in Dresden genauso wie in London, in Köln genauso wie in Paris, Rom, Tokio, Hiroshima oder Nagasaki. Verantwortlich waren und sind stets Politiker. Sie hatten schon in der Weimarer Republik versagt und die erste deutsche Demokratie ruiniert. Ohne ihr katastrophales Scheitern wäre Hitler 1933 nicht zur Macht gelangt. Die Verzweiflungsalternative zwischen Rot und Braun, Kommunisten und Nationalsozialisten hätte sich den Wählern nicht gestellt, wenn die anderen Parteien ihrer nationalen Pflicht nachgekommen wären. Die Menschen wollten Arbeit und soziale Sicherheit. Wie heute auch. Sie wollten keinen Krieg und keine Minderheitenverfolgung. Wie heute auch. Daß es schließlich anders kam, begründet keinen Kollektivschuldvorwurf gegen das deutsche Volk. Auch nicht gegen andere Völker. Hüben wie drüben haben Politiker die Weichen Richtung Abgrund gestellt. Soldaten und Zivilisten mußten es ausbaden".

Angesichts der Wahlerfolge faschistischer Parteien macht sich *Ulf Köster* Hoffnungen auf einen Einzug der Rechten in den Bundestag und deshalb Sorgen um ihr Erscheinungsbild: „Doch seit den NPD- bzw. DVU-Erfolgen in Sachsen und Brandenburg weiß man, daß demokratischer Patriotismus in Deutschland neue parlamentarische Chancen hat. Erhebliche Teile der Wählerschaft suchen nach einer Antwort auf das Versagen des Berliner Parteienkartells – einer *seriösen* (im Original kursiv – tri) Antwort. In einer solchen Situation müssen die Verantwortungsträger und Aktivisten des patriotischen Spektrums mehr denn je prüfen, ob die bisherigen Strategien und Verhaltensweisen dazu angetan sind, das sich herausbildende Wählerpotential anzusprechen".

Zum einen geht es Köster um das Aussehen der brauen Kader: „Die langen Jahre parlamentarischer Abstinenz haben nämlich die Tendenz gefördert, bei öffentlichen Aktionen Erscheinungsbild und Publikumswirkung zu vernachlässigen. Insbesondere jungen Aktivisten aus ‚freien Kameradschaften' ging es manchmal zu sehr um bloße Provokation. Anlaß, Aussage und Optik einiger Aufzüge waren eine Freude für linke ‚Berichterstatter'; sie konnten die Photos und Filmszenen für sich selber sprechen lassen. Die vorgeführten ‚Neonazis' hatten sich ersichtlich Mühe gegeben, ihrer eigenen Karikatur zu entsprechen – in Kleidung, Mimik, Frisur, Schuhwerk und sonstigen Accesoires".

Aber das Aussehen der „Kameraden" ist nur zweitrangig: „Zu den Äußerlichkeiten gesellen sich inhaltliche Fragen. Wenn Demonstrationen nicht zum Selbstzweck verkommen sollen, muß sorgfältig bedacht werden, an welchen Tagen, an welchen Orten und mit welcher Botschaft sie stattfinden. Auch hier gilt der alte Grundsatz: Der Wurm muß dem Fisch schmecken, nicht dem Angler ... Welche positiven Signale sollten beispielsweise von einer Demonstration vor dem Berliner Holocaust-Denkmal ausgehen? Wahlwerbende Partein, besonders rechte, tun gut daran, sich nicht selbst mit dem Dritten Reich und seinen Schattenseiten in Verbindung zu bringen ... Auch für rechte Parteien wäre es extrem unzweckmäßig, sich mit Geschichtsdeutungen zu belasten, die von den heutigen Problemen nur ablenken." Der industrielle Judenmord als Schattenseite des Dritten Reiches – schon die Wortwahl entlarvt den Autoren.

Statt martialischem Auftreten im Neonazigewand empfiehlt Köster als politische Tarnung das beliebte Gedenken an alle Opfer: „Das Regime will das Opfergedenken für sich monopolisieren. Hier muß kluge, gewitzte Opposition mit Gegenmaßnahmen ansetzen. Wenige Gesten reichen aus, um antirechte Diffamierungen ad absurdum zu führen. Ein DVU- NPD- oder Rep-Kranz für alle Opfer – natürlich auch für die jüdischen – entfaltet weitaus mehr Wirkung als jede einseitige und mißverständliche Demonstration an untauglichem Ort. Halbwüchsige Heißsporne und Gestalten fragwürdiger Herkunft, denen an guten Wahlergebnissen offenbar nicht gelegen ist, dürfen das öffentliche Erscheinungsbild deutscher Rechtsparteien nicht länger beeinträchtigen". Und wer das nicht versteht, fliegt raus: „Uneinsichtige ... müssen isoliert werden ...". Bleibt abzuwarten, ob Kösters Ratschläge vom jungen, militanten NPD-Anhang beherzigt werden.

Wem das Herz voll, dem läuft das Maul über – das gilt auch für *Michael Brückner*: „Auch ein veritabler Bildersturm tobt derzeit durch deutsche Kirchen. Als anstößig werden vor allem mittelalterliche Skulpturen empfunden, die eine ‚Judensau' darstellen: ein Schwein, an dessen Zitzen Israeliten nuckeln ... Dort wurde jetzt nach zehnjährigen Verhandlungen zwischen Bistum, Kultusministerium und jüdischem Landesverband eine Erklärungstafel angebracht, auf der zu lesen ist, daß die Judensau im historischen Zusammenhang gesehen werden müsse und aus heutiger Sicht befremdlich wirke ... Was gestern als schweinisch galt und heute als befremdlich, das kann schon morgen etwas ganz anderes sein." *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507